

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

2·17

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Spannende Zeiten! Erstmals ist in der deutschen Politik ist etwas über eine Woche lang unklar: Koalition, Minderheitsregierung oder Neuwahlen? Aus Italien könnte man mit jahrhundertalter Krisenerfahrung beratend zur Seite stehen, man hält sich aber vornehm zurück. Dafür berichtet der Mandantenbrief darüber, was passieren könnte (siehe Neues aus Deutschland).

Neues aus Deutschland Neues aus Italien Dolce · Lauda on the road Musikantenstadl	Seite 2	Vertriebsrecht Datenschutz Schaden und Recht	Seite 10
Gesellschaftsrecht Steuerrecht	Seite 4	Arbeitsrecht Familienrecht	Seite 12
Immobilienseite	Seite 6	Geistiges Eigentum Neues aus Europa	Seite 14
Informationen für Kollegen	Seite 8		

Tempi emozionanti! Per la prima volta nella politica tedesca una situazione incerta si protrae oltre una settimana: coalizione, governo di minoranza o nuove elezioni? Dall'Italia, forti di secoli di esperienza sulle crisi di governo, si potrebbe portar consiglio, si preferisce invece saggiamente tacere. E perciò la Newsletter informa su cosa potrebbe succedere (vedi Ultime dalla Germania)

Ultime dalla Germania Ultime dall'Italia Musikantenstadl	Pagina 3	Distribuzione Privacy Danno e diritto	Pagina 11
Diritto societario Diritto Tributario	Pagina 5	Diritto del lavoro Diritto di famiglia	Pagina 13
Pagina immobiliare	Pagina 7	Proprietà intellettuale Ultime dall'Europa	Pagina 15
Informazioni per colleghi	Pagina 9		



Das Umsatzsteuerkarussell dreht sich wieder! (S. 4)
Frodi carosello Iva, gira e rigira! (Pag. 5)

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Frauenquote für Vorstände

Bei Redaktionsschluss des Mandantenbriefes war noch nicht erkennbar, welche Koalition Deutschland die nächsten Jahre regieren wird. Sollte sich tatsächlich erneut eine große Koalition unter Beteiligung der SPD ergeben, wäre eine verpflichtende Frauenquote auch für die Vorstände großer Unternehmen in Deutschland nicht unwahrscheinlich. Die Initiative von der sozialdemokratischen Familienministerin Barley (siehe Zeit.de vom 16.08.2017) wird vom ebenfalls sozialdemokratischen Justizminister Maas unterstützt. Die vorgeschriebene Frauenquote in den Aufsichtsräten bei börsennotierten Gesellschaften habe sich schon bewährt.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft

Seit dem 1.10.2017 ist in Deutschland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Kraft, nach der soziale Netzwerke Beschwerden über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte sofort bearbeiten und entsprechende Inhalte schneller löschen müssen. Bis zum 1.1.2018 müssen die Netzwerkbetreiber ein wirksames und transparentes Beschwerdemanagement aufbauen; erfolgt dies nicht, drohen Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro.

Es wird weniger prozessiert

In Deutschland rätselt man über die Ursache des konstanten Rückgangs von Zivilprozessen. Nach den Zahlen des statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) war beim Amtsgericht als Prozessgericht im Jahr 2008 noch ein Geschäftsanfall von 6 767 352 Rechtssachen zu verzeichnen, im Jahr 2016 hingegen nur noch 5 045 237; bei den Landgerichten hat sich eine ähnliche Entwicklung ergeben. Es wird weniger gestritten.

Algorithmengesetz

Ein weiteres Gesetz, das im Falle einer großen Koalition durchaus Chancen hat, ist ein digitales AGG, ein Antidiskriminierungsgesetz für Algorithmen. Ein solches hatte Justizminister Maas bereits im Sommer 2017 angekündigt. Durch die Macht der Algorithmen würden positive Daten zu Vorteilen und Teilhabe an bestimmten Angeboten führen, negative Daten würden Verbraucher ausgrenzen. Ein rechtlicher Ordnungsrahmen sei daher notwendig, der den Einsatz von diskriminierenden Algorithmen verhindere (Handelsblatt, 3.7.2017).



Versione tedesca dei Pet Shop Boys (by BJ, Ruth Moschner Fanclub)

DOLCE · LAUDA ON THE ROAD

L'avvocato Martin Cordella ha partecipato al congresso internazionale del CDH tenutosi a Madrid in data 20-21 ottobre 2017 ed ha presentato una relazione sulle nuove disposizioni degli Accordi economici collettivi in materia di indennità di fine rapporto degli agenti.

Rechtsanwalt Martin Cordella hat an dem 10. Internationalen CDH – Rechtsanwaltsforum vom 20.-21. Oktober 2017 in Madrid teilgenommen und einen Vortrag über die neuen Regelungen zur Berechnung des Ausgleichsanspruches nach den italienischen Tarifverträgen (AEC) gehalten.

L'avvocato Rodolfo Dolce ha partecipato ad un screening di prodotti „falsi italiani“ alla Anuga di

Colonia, la più grande Fiera di prodotti alimentari del mondo, come consulente di „Italian Sounding“. „Falsi“ sono prodotti che raggirano il consumatore con bandiere e simboli italiani sulla loro origine (non italiana). Vi invitiamo a visitare il sito www.italian-sounding.de.

Rechtsanwalt Dolce hat als Berater von „Italian Sounding“ bei der Anuga in Köln, der weltweit größten Messe für Lebensmittel, bei einem Screening von „falschen“ italienischen Produkten teilgenommen: „Falsch“ sind die Produkte, die mit italienischen Flaggen und Symbolen den Verbraucher über ihre wahre (nicht-italienische) Herkunft täuschen. Wir laden Sie ein, die Internetseite www.italian-sounding.de zu besuchen!

MUSIKANTENSTADL

Keine Beleidigung des Gerichts

Ein deutscher Kollege beschwerte sich beim Präsidenten des Landgerichts über den Gang einer mündlichen Verhandlung; er warf dem Richter vor, einen „Musikantenstadl“ aufgeführt zu haben. Der Rechtsanwalt wurde wegen Beleidigung strafrechtlich verurteilt, da sich der Richter in seiner Ehre gekränkt fühlte.

Die Entscheidung ist lehrreich, um den italienischen Kollegen auch Eigenarten der deutschen Kultur näher zu bringen. Der „Musikantenstadl“ war eine im deutschen Sprachraum sehr beliebte Sendung, in der zu rein elektronisch hergestellter Musik Männer und Frauen in erfundenen Trachten singend und tanzend Tradition und Volksnähe simulierten. Für den deutschen Alpenraum war die Sendung auch für die Tourismuswirtschaft belebend.

Die mündliche Verhandlung fand in dem als durchweg humorlos geltenden Thüringen statt. Der Kollege wehrte sich bis zum Bundesverfassungsgericht, das dann die regionalen Eigenarten erkannte und die strafrechtliche Verurteilung aufhob. Das Recht, Maßnahmen der öffentlichen Gewalt ohne Furcht vor staatlichen Sanktionen auch scharf kritisieren zu können, gehöre zum Kernbereich der Meinungsfreiheit (BVerfG, 6.6.2017 1 BvR 180/17).

NEUES AUS ITALIEN

Neues Insolvenzrecht

Am 19. Oktober 2006 hat das italienische Parlament die Leitlinien für ein neues Insolvenzrecht verabschiedet. Die Regierung hat zwölf Monate Zeit, diese in ein entsprechendes Dekret umzusetzen. Unter anderem wird der Terminus „Fallimento“ (=Konkurs) durch den freundlicheren „liquidazione giudiziale“ ersetzt. Der Insolvenzverwalter wird, nach deutschem Vorbild, mehr Rechte erhalten. Es wird eine dem Insolvenzverfahren vorgeschaltete „Warnphase“ (= „fase preventiva d'allerta“) eingerichtet, die es ermöglichen soll, rechtzeitig insolvenzvermeidende Maßnahmen einzuleiten.

Angemessene Vergütung für alle Freiberufler

Das Gesetzesdekret DI 148/2017 hat einen gesetzlichen Anspruch auf angemessene Vergütung für alle Freiberufler eingeführt. Der italienische Gesetzgeber sah diese als schutzbedürftig an, da sogenannte „Starke Kunden“, wie Banken, Versicherungen aber auch die öffentliche Verwaltung, ihre Vertragsmacht oft dahingehend missbrauchten, Freiberufler unterzubezahlen. Der Freiberufler hat nun Anspruch auf die Vergütung, die für entsprechende Leistungen von Berufsträgern, die einer Berufskammer angehören und über eine entsprechende Gebührenordnung verfügen, berechnet werden darf. Für Rechtsanwälte gilt hinsichtlich der angemessenen Vergütung das Ministerialdekret 55/2014.

ULTIME DALLA GERMANIA

Quota-donne nel consiglio di amministrazione

All'atto di chiusura della nostra newsletter, non era ancora chiaro quale coalizione dirigerà nei prossimi anni la Germania. Se si riuscisse effettivamente a creare una nuova grande coalizione con la partecipazione del SPD, non si esclude che verrà ufficialmente introdotta una quota-donne nei CdA in Germania. L'iniziativa del Ministro per la famiglia del partito socialdemocratico, Barley, (cfr. Zeit.de del 16.08.2017) viene sostenuta anche dal Ministro della Giustizia Maas, anch'egli appartenente al ramo socialdemocratico. La quota-donne prevista nei consigli di vigilanza delle imprese quotate in borsa ha già avuto successo.

La legge di imposizione di reti è entrata in vigore

L'1.10.2017 è entrata in vigore in Germania la legge di imposizione di reti (cd. Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG): Social network dovranno elaborare e cancellare in tempi rapidi commenti discriminatori ed altri contenuti punibili per legge. I gestori di tali siti e reti hanno tempo sino all'1.1.2018 per costruire un organigramma manageriale efficiente e trasparente; in difetto, sono passibili di sanzioni pecuniarie sino a 50 Milioni Euro.

Calano i processi in Germania

In Germania si sta cercando di scoprire il motivo per cui siano calati i processi nel settore civile. Dai risultati delle ricerche dell'ufficio federale statistico (www.destatis.de) se nel 2008 le cause pendenti dinanzi alle preture erano pari a 6.767.352, nel 2016 è stato rilevato un valore di 5.045.237 cause; analoga tendenza è stata riscontrata per le cause instaurate dinanzi ai tribunali. Fazit: in Germania si litiga di meno.

Legge sugli algoritmi

Altra legge che potrebbe avere grandi chance di entrare in vigore in caso si formasse una grande coalizione, è quella relativa al divieto di discriminazioni per algoritmi digitali (digitales AGG, ein Antidiskriminierungsgesetz für Algorithmen). Tale legge era stata preannunciata già quest'estate dal Ministro della Giustizia Maas. Il potere degli algoritmi determinerebbe una discernita tra la presenza di dati positivi, volti a proporre offerte favorevoli a determinati consumatori, e dati negativi, atti a escludere altra tipologia di consumatori da determinate offerte favorevoli. Si rende allora necessario introdurre un quadro di legge per impedire l'utilizzo di tali algoritmi discriminatori (vedi Handelsblatt, 3.7.2017).

Rechtsanwälte können grundsätzlich alles aber insbesondere – und falls nicht anders angegeben - in beiden Rechten, D/I:

Gli avvocati di regola sanno fare tutto, ma specialmente – e se non esplicitamente annotato diversamente- nei due diritti I/D

AB (Angela Bonacina)	Italienisches Zivilprozessrecht und Markenrecht; Processuale Italiano e Marchi
AC (André Castelli)	Erbrecht, Internationales Prozessrecht, Insolvenzrecht Italien; Successioni, Processuale Internazionale, Fallimentare Italiano
BB (Bruno Bauer)	Proprietà Intellettuale e Concorrenza Sleale; Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht
CHa (Caroline Havemann)	UN- Kaufrecht, Forderungseinzug; Insolvenzrecht Deutschland; CISG, Arbitrati, Recupero crediti, Fallimentare Tedesco
CHe (Christian Hermann)	Kollektives und Individualarbeitsrecht; Lavoro Individuale e Collettivo
CM (Carlo Malossi)	Versicherungsrecht, Sportrecht; Assicurazioni, Sportivo
DDL (Doriana De Luca)	Kollektives und Individualarbeitsrecht; Lavoro Individuale e Collettivo
GG (Giovanni Gelardi)	Immobilienrecht; Immobiliare
MB (Marilena Bacci)	Transport-/Speditions- sowie Haftungsrecht; Trasporti/Spedizioni e Responsabilità Civile
MC (Martin Cordella)	Vertriebsrecht, Gesellschaftsrecht, Steuerrecht; Distribuzione, Societario, Tributario
RD (Rodolfo Dolce)	Internationales Handelsrecht, Gesellschaftsrecht; Commerciale Internazionale, Societario
RL (Rudolf Lauda)	Berufsrecht, Wettbewerbsrecht, Schiedsverfahren; Delle Professioni, Concorrenza Sleale, Arbitrati
SD (Stefan Dangel)	Außervertragliche Haftung und Vertragsrecht; Responsabilità extracontrattuale e contrattualistica
TLN (Thanh Lan Nguyen-Gatti)	Geistiges Eigentum und Gewerbliches Mietrecht; Proprietà Intellettuale e locazione commerciale;
VR (Viviana Ramon)	Familienrecht; Famiglia

MUSIKANTENSTADL

Nessun oltraggio al Tribunale

Un collega tedesco si era lamentato con il Presidente del Tribunale sull'andamento di una udienza dibattimentale. Rimproverava al giudice di averla condotta come in un Musikantenstadl. L'avvocato venne condannato – penalmente - per oltraggio, in quanto il giudice si era sentito ferito nel suo onore.

La decisione è utile anche per avvicinare i colleghi italiani ad alcune particolarità della cultura tedesca. Il „Musikantenstadl“ era nello spazio linguistico tedesco, una trasmissione molto amata, nella quale sulla base di musica elettronica pseudofolkloristica, uomini e donne simulavano tradizioni popolari, cantando e ballando. Inoltre, per le zone alpine la trasmissione era importante per la promozione dell'economia turistica locale.

L'udienza si teneva in Turingia, nota per la mancanza di umore. Il Collega si difese fino al ricorso alla Corte Costituzionale Federale che riconobbe la caratteristica regionale e annullò la condanna penale. Il diritto di criticare anche aspramente provvedimenti dell'autorità senza timore di sanzioni statali appartiene al nucleo della libertà di opinione (BVerfG, 6.6.2017 1 BvR 180/17)

ULTIME DALL'ITALIA

Riforma della legge fallimentare

Il 19 ottobre 2017 il Parlamento italiano ha approvato la legge delega (numero 155/17) per la riforma della legge fallimentare. Il governo ha 12 mesi per emettere il corrispondente decreto. Il termine „fallimento“ verrà sostituito dal più positivo „liquidazione giudiziale“. Viene introdotta una fase preventiva di allerta che dovrebbe permettere di attivare tempestivamente misure preventive dell'insolvenza.

Equo compenso ai professionisti

Il decreto legge 148/17 ha introdotto il diritto all'equo compenso ex lege per tutti i professionisti. Il legislatore li ha considerati meritevoli di tutela nei confronti dei clienti cosiddetti „forti“ (come banche, assicurazioni, ma anche la Pubblica Amministrazione), al fine di evitare che subiscano il peso contrattuale e vengano compensati in modo iniquo. I professionisti avranno il diritto ad un compenso conforme alla legge, se iscritti ad un ordine professionale con una specifica disciplina sui compensi, l'equo compenso sarà determinato sulla base di tale disciplina. Per gli avvocati il riferimento all'equo compenso saranno i parametri stabiliti con il Dm 55/2014. VR

GESELLSCHAFTSRECHT

Vereinbarung einer Altersgrenze von 61 Jahren für GmbH-Geschäftsführer zulässig

Nach Auffassung des OLG Hamm (19.6.2017, I-8 U 18/17) verstößt die Vereinbarung eines Kündigungsrechts für die Gesellschaft bei Erreichen des 61. Lebensjahr des Geschäftsführers nicht gegen das Diskriminierungsverbot des AGG. Zwar läge eine altersbedingte Benachteiligung vor, die Ungleichbehandlung sei jedoch nach § 10 Nr. 5 AGG gerechtfertigt. Danach kann im Falle des Erreichens der gesetzlichen Regelaltersgrenze die Beendigung wirksam vereinbart werden. Im vorliegenden Fall hatte der Geschäftsführer mit Erreichen des 61. Lebensjahres Anspruch auf eine Betriebsrente, sodass, bei entsprechender Anwendung, das Oberlandesgericht die Zulässigkeit der Klausel angenommen hat.

Grenzüberschreitende Umwandlung

Das Thema der grenzüberschreitenden Umwandlung und Sitzverlegung hat den Mandantenbrief wiederholt beschäftigt. In der Ausgabe Nr. 42 haben wir den von unserer Kanzlei selbst geführten Fall einer einfachen Sitzverlegung und Umwandlung einer deutschen GmbH von Frankfurt nach Rom in eine italienische Srl geschildert. Diese wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main zugelassen, obwohl die deutschen Vorschriften zum Umwandlungsrecht von den Gesellschaftern nicht beachtet wurden.

Der EuGH (25.10.2017, C-106/66) hat mittlerweile festgestellt, dass der Mitgliedsstaat, der die auszugswillige Gesellschaft beherbergt, diese nicht vor Sitzverlegung zu einem Liquidationsverfahren verpflichten darf. Hier hatte das polnische Handelsregister sich geweigert, die Sitzverlegung von Polen nach Luxemburg ohne entsprechende in Polen durchzuführende Liquidation einzutragen. Ein weiterer Erfolg für die Niederlassungsfreiheit.

Wettbewerbsverbot des Geschäftsführers: Minderheitsbeteiligung am Wettbewerber

Sowohl Gesellschaftsverträge wie auch Anstellungsverträge mit dem Geschäftsführer enthalten in der Regel weit gefasste Wettbewerbsverbote, die generell eine Beteiligung an einem im Wettbewerb mit der Gesellschaft stehendem Unternehmen untersagt. Das OLG Stuttgart (15.03.2017, 14 U 3/14) hat in einer für die Praxis bedeutenden Entscheidung festgestellt, dass eine rein kapitalistische Minderheitsbeteiligung - wie beispielsweise der Aktienkauf eines börsennotierten Unternehmens - nicht von einem Konkurrenzverbot erfasst wird. Eine Beteiligung wird nur dann zur Wettbewerbshandlung, wenn damit auch Einfluss auf die Geschäftsführung des Konkurrenzunternehmens genommen werden kann.

Einsichtsrecht des ausgeschiedenen Gesellschafters

Das Landgericht Rom (RG 63189/2016) hat in seiner Entscheidung vom 21.12.2016 eine für das ita-

lienische Gesellschaftsrecht wichtige Frage entschieden: Auch der ausgeschiedene Gesellschafter, der den Ausschließungsbeschluss vor einem Schiedsgericht anfechtet, hat Recht auf Einsicht in die Unterlagen der Gesellschaft gem. Art. 2476 Abs. 2 des Italienischen Zivilgesetzbuches. Die Vorschrift setzt zwar die Gesellschaftereigenschaft voraus, es wäre aber unbillig, den um seinen Status kämpfenden ehemaligen Gesellschafter - der zudem für eine angemessene Verteidigung auf die Einsicht angewiesen ist - von einem Zugang zu den Gesellschaftsakten auszuschließen.

Abberufung des Geschäftsführers einer Ein-Mann-SRL

Auch bei einer Srl (die italienische Form der GmbH) hat der Fremdgeschäftsführer das Recht darauf zu bestehen, dass der Abberufungsbeschluss in einer Gesellschafterversammlung gefasst wird. Eine einfache schriftliche Erklärung des alleinigen Gesellschafters reicht hierzu nicht aus. Der Geschäftsführer kann die Beschlussfassung beeinflussen, indem er einer Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren widerspricht und auf einen Beschluss durch die Gesellschafterversammlung besteht, bei welchem ihm die Möglichkeit zur persönlichen Stellungnahme zusteht (LG Turin, RG 33972/2014).

Ladungsrecht des Gesellschafters einer SRL

Das Landgericht Rom hat eine interessante Entscheidung zu dem Recht des Minderheitsgesellschafters, zu einer Gesellschafterversammlung einer Srl im Falle einer Untätigkeit der Geschäftsführung zu laden, getroffen. Dieses im Gesetz nicht vorgesehene Recht wird aus einer entsprechenden Anwendung des Art. 2479 Ital. Zivilgesetzbuch abgeleitet, nach dem die Gesellschafter, die ein Drittel der Geschäftsanteile halten, das Recht haben, Tagesordnungspunkte zu bestimmen. Entsprechend wurde in dem entschiedenen Fall eine Gesellschafterversammlung, die von einem Gesellschafter, der ein Drittel der Anteile hielt, für wirksam einberufen gehalten.

Kapitalgesellschaft als Geschäftsführerin einer SRL

Das Landgericht Mailand hält es für zulässig, dass eine Kapitalgesellschaft zur Geschäftsführerin einer Srl berufen wird. Die der Kapitalgesellschaft innewohnende Haftungsbegrenzung findet aber ihre gesellschaftsrechtlichen Schranken dahingehend, dass das Landgericht auch den Vertreter der Kapitalgesellschaft gesamtschuldnerisch für die Verpflichtung des Geschäftsführers gegenüber der GmbH und gegenüber Dritten haften lässt. Neben die Haftung der juristischen Person tritt also die persönliche Haftung des gesetzlichen Vertreters (Urteil vom 27.03.2017, RG 3899/2014).

STEUERRECHT

Vorsteuerabzug auch mit Briefkastenadresse

Den europäischen Finanzämtern gehen Jahr für Jahr Milliarden Euro durch Umsatzsteuerkarusselle verloren; Scheinfirmen lassen sich Umsatzsteuer erstatten, die nirgendwo gezahlt worden ist.

Der deutsche Fiskus wollte ein Zeichen setzen und verweigerte einem deutschen Unternehmer den Vorsteuerabzug in Verbindung mit einer Rechnung eine Auslandsgesellschaft, die eine nicht operative Adresse aufwies. Der EUGH hat am 15.11.2017 (C 374/16 und C 375/16) zugunsten des Unternehmers entschieden.

Ein „Briefkastensitz“ auf der Rechnung eines Lieferanten reicht für den Vorsteuerabzug aus. Die deutsche Finanzverwaltung, die darin keine „vollständige Anschrift“ sah und bisher den Vorsteuerabzug aus solchen Rechnungen versagte, muss nun umdenken.

Italien: Besteuerung von Kurzzeitmieten

Seit Juni 2017 kann die Besteuerung von Einnahmen aus kurzfristigen Mietverhältnissen zwischen natürlichen Personen, die nicht Unternehmer sind - und die in der Regel aus touristischen Gründen erfolgt - pauschal vorgenommen werden (Umsetzung des Gesetzesdekrets 50/2017, Gesetz 96/2017). Bislang unterlagen die Einnahmen aus der Vermietung, die in der Steuererklärung anzugeben waren, der gewöhnlichen Einkommensteuer, wobei Bemessungsgrundlage entweder die Jahresmiete abzüglich 5 % oder der sogenannte Katasterwert (Art 37 TUR, Präsidialdekret 917/86) war, je nachdem welcher der höhere Wert war.

Seit dem 1. Juni 2017 - d.h. für alle Verträge, die seit diesem Datum abgeschlossen wurden - können diese Einnahmen wahlweise auch mit einem festen Steuersatz von 21 % pauschal besteuert werden. Es handelt sich um Mietverträge zu Wohnzwecken bis zu einer Dauer von 30 Tagen, für die keine Registrierungspflicht besteht (soweit sie nicht notariell oder notariell beglaubigt abgeschlossen wurden), einschließlich der Art von Verträgen, die die Lieferung der Wäsche, die Reinigung der Räume und die Überlassung von Telekommunikationseinrichtung (WiFi) enthalten und die von Privatleuten unmittelbar oder mittels Agenturen (wie beispielsweise Airbnb oder Booking) abgeschlossen wurden. Die Verträge müssen vom Vermieter außerhalb seiner gewerblichen Tätigkeit abgeschlossen worden sein, die pauschale Besteuerung gilt also nicht für Unternehmer, die auf dem Sektor gewerblich tätig sind.

Der Pauschalbesteuerung unterliegen hingegen nicht Verträge, bei denen der Vermieter weitere Leistungen anbietet, wie beispielsweise Frühstück, Verpflegung, Mietwagen, Gästeführer oder Dolmetscherleistungen. Aus steuerlicher Sicht werden solche Leistungen als gewerblich definiert, auch wenn sie nur gelegentlich erfolgen. gg

DIRITTO SOCIETARIO

Liceità del patto che prevede una soglia di età di 61 anni per gli amministratori di una GmbH

Secondo la Corte d'Appello di Hamm (19/6/2017, I-8 U 18 U/17), il patto che prevede un diritto di risoluzione unilaterale per la società al raggiungimento dell'età di 61 anni dell'amministratore, non è in contrasto con il divieto di discriminazione ai sensi della legge sulla parità di trattamento (AGG). Nonostante sussista un pregiudizio legato all'età, la differenza di trattamento è giustificata ai sensi del § 10 n. 5 AGG. Ai sensi di tale disposizione può essere efficacemente concordata la cessazione del rapporto contrattuale al raggiungimento dell'età pensionabile prevista dalla legge. Nel caso di specie, l'amministratore aveva diritto a una pensione aziendale al raggiungimento dell'età di 61 anni, per tale motivo la Corte d'Appello ha ritenuto l'ammissibilità di tale clausola.

Trasformazione transfrontaliera

La lettera ai clienti ha più volte affrontato il tema della trasformazione e del trasferimento di sede transfrontalieri. Nell'edizione num. 42 abbiamo descritto il caso di un semplice trasferimento e trasformazione di una GmbH tedesca con sede a Francoforte sul Meno in una Srl italiana con sede a Roma. Ciò è stato considerato lecito dalla Corte d'appello di Francoforte sul Meno, nonostante i soci non avessero rispettato le disposizioni tedesche in materia di trasformazione societaria.

La Corte di Giustizia Europea (25/10/2017, C-106/66) ha nel frattempo stabilito che lo Stato membro, in cui ha sede la società che intende trasferirsi, non può obbligarla ad effettuare una liquidazione prima del trasferimento della sua sede legale. Nel caso in questione, il registro delle imprese polacco si era rifiutato di trascrivere il trasferimento della sede sociale dalla Polonia al Lussemburgo per la mancata liquidazione della società in Polonia. Un altro successo per la libertà di stabilimento.

Divieto di non concorrenza dell'amministratore - partecipazione minoritaria a impresa concorrente

Sia lo statuto sociale che i contratti con gli amministratori prevedono di norma clausole di non concorrenza di ampia portata, che vietano generalmente la partecipazione a una società in concorrenza con la società. Con una sentenza di rilevanza pratica la Corte d'Appello di Stoccarda (15/03/2017, 14 U 3/14) ha stabilito che una partecipazione minoritaria di natura prettamente capitalistica - come l'acquisto di azioni di una società quotata in borsa - non rientra nel campo di applicazione del divieto di non concorrenza. La detenzione di una partecipazione diviene un atto concorrenziale solamente se può influenzare la gestione dell'impresa concorrente.

Diritto d'accesso del socio uscente

Con sentenza del 21/12/2016 il Tribunale di Roma (RG 63189/2016) ha chiarito un'importante questione di diritto societario italiano: anche il socio uscen-

te che avvia un arbitro, ai fini di impugnare il provvedimento di esclusione o altro provvedimento che incide sulla sua qualifica di socio, ha il diritto di consultare i documenti societari ai sensi dell'art. 2476 comma 2 del codice civile. Sebbene tale disposizione presupponga lo status di socio, sarebbe ingiusto escludere l'ex socio che impugna il provvedimento di esclusione dall'accesso agli atti della società, non potendo un'adeguata difesa prescindere dalla consultazione della relativa documentazione.

Revoca dell'amministratore di una Srl unipersonale

Anche nel caso di una Srl unipersonale l'amministratore esterno ha il diritto di insistere sul fatto che la delibera societaria di revoca sia regolarmente approvata dall'assemblea dei soci. Una semplice dichiarazione scritta del socio unico non è sufficiente a tal fine. L'amministratore ha infatti la possibilità di influire sulla delibera richiedendo l'adozione di un provvedimento in forma assembleare, in cui egli ha diritto di esporre le proprie osservazioni (Tribunale di Torino, RG 33972/2014).

Convocazione dell'assemblea da parte del socio di una Srl

Il Tribunale di Roma ha emanato un'interessante decisione sul diritto del socio di minoranza di una Srl di convocare l'assemblea dei soci in caso di inerzia dell'organo amministrativo. Tale diritto, non previsto espressamente dalla legge, viene ricavato dall'applicazione estensiva dell'art. 2479 del codice civile, in base al quale i soci titolari di un terzo delle quote hanno il diritto di determinare gli argomenti all'ordine del giorno. Di conseguenza, nel caso di specie, l'assemblea dei soci è stata legittimamente convocata da un socio che deteneva un terzo delle quote sociali.

Società di capitali quale amministratore di una Srl

Il Tribunale di Milano ritiene ammissibile la nomina di una società di capitali quale amministratore di una Srl. Tuttavia, la limitazione della responsabilità intrinseca alla società di capitali viene superata nel diritto societario dalla responsabilità in solido del rappresentante legale in riferimento agli obblighi connessi alla carica di amministratore nei confronti della stessa Srl e dei terzi. Oltre alla persona giuridica risponde pertanto anche personalmente il rappresentante legale (sentenza del 27/3/2017, RG 3899/2014).

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

DIRITTO TRIBUTARIO

Detrazione Iva anche con una sola cassetta delle lettere

Ogni anno miliardi di Euro vengono sottratti alle autorità fiscali europee attraverso „frodi carosello Iva“; tramite società fittizie viene rimborsata l'Iva mai versata da altre imprese.

Le autorità fiscali tedesche, ai fini di dare un chiaro segnale contro tale prassi, avevano rifiutato la richiesta di detrazione del credito Iva presentata da un imprenditore tedesco in relazione ad una fattura emessa da una società straniera che aveva un mero indirizzo non operativo. Con decisione del 15/11/2017 (C 374/16 e C 375/16) la Corte di Giustizia Europea si è pronunciata a favore dell'imprenditore.

Una „sede presso la cassetta delle lettere“ sulla fattura di un fornitore è sufficiente ai fini della detrazione dell'Iva. Le autorità fiscali tedesche che, contestando l'incompletezza di tale recapito, avevano rifiutato di detrarre il credito Iva, dovranno ora rivedere il loro approccio.

La tassazione in Italia degli affitti brevi

Dal giugno 2017 anche per le locazioni brevi tra privati/persone fisiche -stipulate generalmente per uso turistico- è applicabile la tassazione con la cedolare secca in alternativa a quella ordinaria, grazie alla conversione in legge del decreto 50/2017 (Legge 96/2017).

A regime ordinario i redditi da affitto vengono tassati in sede di dichiarazione dei redditi applicando l'Irpef sull'importo più alto tra il canone (annuo) di locazione ridotto del 5% e la rendita catastale (art.37 del TUIR, Dpr 917/86).

Dal 1. giugno 2017 -per la precisione per i contratti stipulati da tale data- a questi redditi si può applicare in alternativa e in via opzionale la cedolare secca con aliquota 21%.

Si tratta di contratti di locazione di immobili ad uso abitativo di durata fino a 30 giorni, per i quali non vi è l'obbligo di registrazione se non formati per atto pubblico o scrittura privata autenticata, inclusi quelli dove è prevista la fornitura di biancheria, la pulizia dei locali, la concessione dell'utilizzo delle utenze telefoniche o del wi-fi, stipulati da persone fisiche direttamente o tramite agenzie o siti di intermediazione (come Airbnb o Booking).

Sono interessati i contratti stipulati tra persone fisiche, sia il locatore che il locatario, che agiscono al di fuori dell'eventuale attività di impresa esercitata. Non sono coinvolti quindi i contratti stipulati con una ditta, impresa, professionista, etc. del settore.

Non vi rientrano, invece, i contratti con i quali il locatore, oltre a mettere a

- disposizione l'immobile, fornisce altre prestazioni aggiuntive (per esempio il servizio
- di colazione e la somministrazione di alimenti e bevande, la messa a disposizione di auto a noleggio, guide turistiche o interpreti); in questi casi, infatti, sarebbero
- riconducibili a una prestazione qualificabile, sotto il profilo fiscale, come attività
- d'impresa, anche se svolta in maniera occasionale. GG

IMMOBILIENSEITE

Der italienische Immobilienkauf wird endlich sicher: Einführung des Notaranderkontos

Der Käufer einer italienischen Immobilie hatte bislang zum Zeitpunkt der Zahlung des Kaufpreises keine absolute Gewähr dafür, Eigentümer zu werden. Der Kaufpreis wird beim Notartermin vollständig entrichtet, erst danach wird der protokollierende Notar tätig und stellt den Antrag auf Umschreibung in das Immobilienregister. Über ein Grundbuch verfügen nur die ehemaligen österreichischen Provinzen in Norditalien, also beispielsweise in Südtirol und im Friaul. Zwischen Notartermin und Eintragung konnte ein unlauterer Verkäufer, der einen zweiten, schnelleren Notar findet, die Immobilie ein zweites Mal verkaufen.

Vielen besorgten Käufern, die sich ein sichereres System wünschten, ist der italienische Gesetzgeber nun entgegengekommen. Mit Gesetzesdekret 124/2017, das schon seit dem 29. August 2017 in Kraft ist, ist dem Käufer das Recht eingeräumt worden, vom protokollierenden Notar die Einrichtung eines Depotkonto („conto deposito“) zu verlangen; auf dieses ist der Notar gehalten, den Kaufpreis einzuzahlen und dem Veräußerer erst nach Eintragung der Überschreibung auf den Käufer auszuzahlen. Die Regelung ist durchaus mit dem in Deutschland früher gebräuchlichen Notaranderkonto vergleichbar. Schon im Jahr 2013 wurde die Einführung einer entsprechenden Vorschrift in Italien beabsichtigt, die dann am erbitterten Widerstand der Notare scheiterte.

Die Vorteile der neuen Regelung liegen für den Käufer auf der Hand: Er verfügt jetzt nicht nur über die Sicherheit, dass der Verkäufer den vollen Kaufpreis erst nach Eintragung in das Immobilienregister erhält; vielfach greift der Käuferschutz auch in der vorvertraglichen Phase, in der, typisch für Italien, regelmäßig schon üppige Anzahlungen - oft ohne Sicherheiten - gezahlt werden. Auch hier hatte der Käufer bislang das Risiko, z.B. bei Rechtsmängeln der Immobilie (Hypotheken, Pfändungen, anhängige Rechtsstreite), die schon geleistete Anzahlung von dem Verkäufer zurückzufordern. Dieses Risiko wird mit der neuen Regelung ebenfalls beseitigt, wenn der Käufer verlangt, dass alle Zahlungen bezüglich des Kaufpreises nur auf das Notaranderkonto zu leisten sind.

Die neuen Vorschriften verpflichten den Notar, ein Bankkonto zu eröffnen, auf das die Steuern und Gebühren für den Immobilienkauf (wenn der Verkäufer ein Privatmann ist, beträgt in Italien die Registersteuer / Grunderwerbsteuer bei einem Zweitwohnsitz 9% des Katasterwertes) sowie der Kaufpreis einzuzahlen sind.

Während die Eröffnung des Notaranderkontos in Bezug auf die Steuern und Gebühren zwingend ist, ist sie in Bezug auf den Kaufpreis selbst nur fakultativ, eine der Kaufvertragsparteien muss dies beim Notar ausdrücklich beantragen. Die Zweckbestimmung des Notaranderkontos wird weit gefasst: Sie bezieht sich auf den ausdrücklich erteilten Auftrag („conformemente all'incarico espressamente conferito“), d.h., dass

der eingezahlte Betrag auch zur Sicherung von weiteren Ansprüchen des Käufers dienen kann, wie beispielsweise der baulichen Fertigstellung der Immobilie oder der Übergabe von für die Vertragserfüllung wesentlichen Dokumenten.

In der italienischen Immobilienpraxis erfolgt die Zahlung des Kaufpreises vor dem Notar heute in der Regel durch die Übergabe von bankbestätigten Schecks; diese wird nun der Notar entgegennehmen und auf sein Konto einzahlen. Eine Überweisung des Kaufpreises auf das Notaranderkonto vor dem Beurkundungstermin ist nun durchaus möglich und viel praktischer.

Das Notaranderkonto darf nicht anderen Zwecken dienen und fällt im Erbfall des Notars auch nicht in sein Vermögen. Das Konto darf auch nicht von Gläubigern des Notars gepfändet werden.

Schließlich hat der italienische Staat auch einen Weg gefunden, selbst von den neuen Vorschriften zu profitieren. Im Gesetz heißt es, dass die Zinsen des Notaranderkontos den staatlichen Fonds zur Finanzierung der KMU dienen sollen. Der Notar darf daher die Zinsen des Notaranderkontos nicht dem Veräußerer ausgeben, sie stehen dem italienischen Staat zu.

RD – GG

Neues Bauvertragsrecht ab dem 1.1.2018

Am 1.1.2018 tritt in Deutschland das neue Bauvertragsrecht in Kraft. Damit werden erstmalig der Bauvertrag wie auch der Vertrag mit Architekten und Bauingenieuren im Bürgerlichen Gesetzbuch eingeführt und ausdrücklich geregelt. Dies führt u.a. zu neuen Vorschriften zu dem Anordnungsrecht des Bestellers (Auftraggeber), dem Verbraucherschutz und der Abnahme.

Das Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts dient dazu, einen stärkeren Verbraucherschutz zu gewährleisten und die Dauer der Zivilverfahren in Bausachen, die auch in Deutschland mehrere Jahre andauern können, zu beschleunigen; das soll unter anderem durch die Einführung spezialisierter Kammern am Landgericht erfolgen. Das neue Recht gilt aber nur für Verträge, die nach dem 1.1.2018 abgeschlossen wurden.

Im Fall eines Bauvertrages, der mit einem Verbraucher abgeschlossen wurde, hat dieser ein Widerrufsrecht, das er innerhalb von 14 Tagen nach Abschluss des Vertrages ohne jede Begründung ausüben kann. Der Verbraucher wird damit in die Lage versetzt, den Vertragsschluss zu überdenken und die Vertragsbedingungen einem unabhängigen Fachmann zur Prüfung vorzulegen.

Wenn der Unternehmer den Verbraucher nicht vollständig über das Verbraucherrecht informiert, wird dieses automatisch bis auf zwölf Monate plus 14 Tagen verlängert bzw. bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Vertragsleistung erbracht wurde. Der Unternehmer hat im Falle des Widerrufs dann aber das Recht,

bereits ausgeführte Teilleistungen zu einem Wert in Rechnung zu stellen, der dem vertraglich vereinbarten Preis entspricht.

Sind daher Leistungen auf den Vertrag schon erbracht worden, muss der Verbraucher bei Ausübung seines Widerrufsrechts bedenken, dass ihm in diesem Fall Gewährleistungsrechte verloren gehen könnten.

Der Unternehmer muss dem Verbraucher ausreichende Informationen über die erforderlichen Baumaßnahmen vor Unterzeichnung des Bauvertrages zur Verfügung stellen. Dies ist auch im Unternehmerinteresse, da Zweifel bei der Auslegung des Vertrags bezüglich der vom Unternehmer geschuldeten Leistung immer zulasten des Unternehmers gehen.

In Zukunft wird der Unternehmer dem Verbraucher die vom Gesetz geforderten Mindestinformationen liefern müssen, wie eine allgemeine Beschreibung des zu errichtenden Bauwerks, Art und Ausmaß der angebotenen Leistungen, die Beschreibung der Arbeiten am Grund und die auf der Baustelle genutzten Werkzeuge. Die Verpflichtung, die Leistungen im einzelnen anzugeben (Erstellung eines Leistungsverzeichnisses), gilt jedoch nicht für Verbraucher, die eigene Architekten beauftragt haben, da dann die technischen Voraussetzungen vom Architekten und nicht vom Unternehmer vorgegeben werden.

Die privaten Auftraggeber werden in Zukunft in der Lage sein, die Angebote der Unternehmen untereinander besser zu vergleichen, da sie nicht nur über die Preisangaben verfügen. Neu ist auch, dass die Unternehmer verbindliche Angaben zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Werks oder, wenn dieser Zeitpunkt zum Zeitpunkt des Abschlusses des Bauvertrags nicht angegeben werden kann, zur Dauer der Bauausführung erteilen müssen.

Das neue Gesetz verpflichtet den Unternehmer, die Baumaßnahme zu dokumentieren und alle Unterlagen spätestens bei Fertigstellung dem Verbraucher zu überreichen.

Grunderwerbsteuer in Deutschland

Wird eine Immobilie in Deutschland erworben, ist der Käufer in der Regel zur Zahlung einer Steuer (Grunderwerbsteuer) verpflichtet. Die Bemessungsgrundlage ist der Kaufpreis und die Steuer beträgt, je nach Land, zwischen 3,5 % und 6,5 % hiervon. Erst seit 2006 haben die Länder das Recht, autonom die Höhe der Steuer festzusetzen.

Ab dem 1. Januar 2017 ist die Grunderwerbsteuer in Thüringen von 5 % auf 6,5 % erhöht worden. Bei einem Kaufpreis von 400.000 Euro erhält das Finanzamt also 26.000 Euro. In vier deutschen Ländern (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein) liegt der Steuersatz zurzeit bei 6,5 %, nur in Bayern und in Sachsen gilt der niedrige Satz von 3,5 %. In Hessen beträgt die Steuer zur Zeit 6,0 %.

PAGINA IMMOBILIARE

L'acquisto di immobili in Italia diventa finalmente sicuro: Introduzione del conto deposito notarile

Fino ad oggi, l'acquirente di un immobile in Italia non aveva alcuna garanzia assoluta, al momento del pagamento del prezzo di acquisto, di diventare proprietario. Il prezzo di compravendita viene generalmente pagato per intero alla data del rogito notarile, solo dopo il notaio si attiva per richiedere la trascrizione nel registro immobiliare. Solo le ex province austriache dell'Italia settentrionale, come ad esempio l'Alto Adige e il Friuli, dispongono di un sistema tavolare. Tra l'atto definitivo di vendita e la trascrizione, un venditore truffaldino poteva rivolgersi anche ad un secondo notaio, magari più veloce, e vendere l'immobile una seconda volta.

Ora il legislatore italiano ha accontentato molti acquirenti che auspicavano un sistema più sicuro. Con il Ddl 124/2017, in vigore dal 29 agosto 2017, è stato concesso al compratore il diritto di richiedere al notaio la costituzione di un conto bancario („conto deposito“); il notaio è tenuto a versare su esso il prezzo di acquisto e a pagarlo al venditore solo dopo la trascrizione a favore dell'acquirente. Il regolamento è certamente paragonabile al conto fiduciario notarile utilizzato in passato in Germania. Già nel 2013 era già stata prevista l'introduzione di una simile norma, che però poi non era diventata operativa, anche per una certa resistenza da parte dei notai.

I vantaggi della nuova normativa sono evidenti per l'acquirente: non solo egli ora ha la certezza che il venditore riceverà l'intero prezzo di acquisto solo dopo la trascrizione nel registro immobiliare; la tutela dell'acquirente si applica anche nella fase precontrattuale, durante la quale, tipicamente per l'Italia, vengono di solito già versati cospicui anticipi, spesso senza ricevere in cambio opportune garanzie. Anche in questo caso l'acquirente sopportava sinora il rischio, ad esempio in caso di vizi giuridici della proprietà (ipoteche, pignoramenti, controversie legali pendenti), di dover recuperare dal venditore il pagamento anticipato già effettuato. Questo rischio viene ora eliminato con il nuovo regolamento, nel caso in cui l'acquirente richieda che tutti i pagamenti relativi al prezzo di compravendita vengano effettuati solo sul conto deposito del notaio.

La nuova normativa obbliga il notaio ad aprire un conto bancario sul quale devono essere versate le imposte e gli onorari per l'acquisto di beni immobili (se il venditore è un privato, l'imposta di registro per una seconda abitazione è pari al 9% del valore catastale) e il prezzo di acquisto stesso.

Mentre l'apertura del conto notarile è obbligatoria per quanto riguarda le tasse e gli onorari, essa è solo facoltativa per quanto riguarda il prezzo d'acquisto stesso; una delle parti contrattuali deve richiederla espressamente al notaio. Lo scopo del conto deposito notarile è definito in senso lato: si riferisce all'ordine espressamente conferito („conformemente all'incarico espressamente conferito“), vale a dire che l'importo versato può essere utilizzato anche a garanzia di

ulteriori pretese dell'acquirente, quali il completamento della costruzione dell'immobile o la consegna di documenti indispensabili all'adempimento del contratto.

Nella prassi immobiliare italiana, il pagamento del prezzo d'acquisto di fronte al notaio oggi viene normalmente effettuato mediante la consegna di assegni circolari, che saranno ora presi in consegna dal notaio e versati sul suo conto. È ora anche possibile, e in un certo modo più pratico, il bonifico del prezzo d'acquisto sul conto deposito del notaio prima della data prevista per il rogito di compravendita.

Il conto notarile non può essere utilizzato per altri scopi e, in caso di successione mortis causa del notaio, non rientra nel suo patrimonio. Il conto non può neppure venir pignorato dai creditori del notaio.

Infine anche lo Stato italiano ha trovato il modo di beneficiare delle nuove disposizioni. La legge stabilisce che gli interessi del conto deposito notarile debbano essere finalizzati a rifinanziare i fondi di credito agevolato destinati ai finanziamenti alle piccole e medie imprese. Il notaio non può quindi versare gli interessi maturati sul conto deposito al venditore, essi spettano allo Stato italiano.

Nuovo diritto contrattuale edilizio dal 01.01.2018

Il 01.01.2018 entra in vigore in Germania la modifica di legge concernente i contratti di costruzione! In tal modo per la prima volta sia il contratto di costruzione che il contratto con architetti e ingegneri verranno tipizzati nel Codice Civile tedesco (BGB) e espressamente disciplinati. Ciò porta, tra l'altro, a nuove e importanti norme in materia di potere di disposizione del committente, tutela del consumatore e collaudo.

La „Legge sulla riforma della legge sui contratti edilizi e sulle modifiche alla legge sulla responsabilità per vizi“ mira a garantire una maggiore tutela dei consumatori per le costruzioni a partire dal 1° gennaio 2018. Anche la durata dei procedimenti relativi all'edilizia privata, che spesso si trascinano nel corso degli anni, deve essere accelerato, ad esempio attraverso l'istituzione di sezioni apposite. Importante: il nuovo regolamento riguarda i contratti conclusi a partire dal 1° gennaio 2018.

Nel caso di un contratto immobiliare concluso con un consumatore, quest'ultimo ha il diritto di recedere dal contratto già concluso, informalmente e senza indicare i motivi, entro un termine massimo di 14 giorni dalla conclusione del contratto. Ciò offre al consumatore l'opportunità di riconsiderare la conclusione di un contratto e, in particolare, di esaminare attentamente le condizioni quadro con un esperto indipendente.

Se l'imprenditore non informa in merito il consumatore, o non lo fa correttamente, il periodo di recesso viene automaticamente prorogato fino a 12 mesi e 14 giorni, o fino a quando l'imprenditore abbia fornito interamente il servizio dovuto. Tuttavia, l'imprenditore ha in tal caso la possibilità di mettere in conto la pre-

stazione parziale già eseguita e di ricevere un compenso per il valore del servizio, calcolato in modo analogo alla remunerazione concordata contrattualmente.

Se i servizi sono già stati resi, il consumatore dovrebbe quindi valutare attentamente se intende recedere dal contratto, perché verrebbero meno, in seguito al recesso, anche eventuali reclami per vizi.

L'imprenditore deve fornire al consumatore informazioni sufficienti sui futuri lavori di costruzione da eseguire prima della conclusione del contratto. Ciò è anche nel suo interesse, perché la nuova legge stabilisce che le ambiguità nella descrizione delle prestazioni vanno a scapito dell'imprenditore.

In futuro, le specifiche edilizie dovranno contenere almeno le informazioni previste dalla legge, quali la descrizione generale dell'edificio da costruire, il tipo e la portata delle prestazioni offerte, i lavori sul fondo e le attrezzature di cantiere. Tuttavia, l'obbligo di fornire una descrizione delle prestazioni (capitolato) non vale per i committenti che progettano con i propri architetti, perché le specifiche tecniche non sono delineate dall'imprenditore, ma dall'architetto.

I committenti privati saranno in grado di confrontare le offerte molto meglio tra loro in futuro, perché non hanno solo il prezzo come indicazione.

Nuovo è anche che gli imprenditori dovranno fornire in futuro informazioni vincolanti circa la data di ultimazione dell'edificio. Se l'inizio dei lavori di costruzione non è stato ancora determinato, deve essere indicata almeno la durata della costruzione. In questo modo è più facile per il cliente progettare in modo più affidabile.

La nuova legge obbliga l'imprenditore a documentare il progetto di costruzione e a consegnare tutti i documenti al più tardi al momento della sua ultimazione.

Imposta di acquisto sui beni immobiliari in Germania

Quando si acquista un immobile in Germania, l'acquirente è di norma soggetto all'imposta sul trasferimento di beni immobili. La base di calcolo è data dal prezzo d'acquisto, sul quale deve essere versata, a seconda del Land, un'imposta di acquisto compresa tra il 3,5 e il 6,5%.

Solo dal 2006 i Länder possono determinare autonomamente l'aliquota fiscale.

A partire dal 1° gennaio 2017, l'imposta di acquisto nello Stato della Turingia è passata dal 5% al 6,5%. Nel caso quindi di un prezzo di acquisto di 400.000,00 euro, sono dovuti all'erario 26.000,00 euro. In quattro Länder tedeschi - Brandeburgo, Renania settentrionale-Vestfalia, Saarland e Schleswig-Holstein - l'aliquota fiscale è ora del 6,5%. Solo la Baviera e la Sassonia si accontentano ancora di un'aliquota fiscale ridotta del 3,5%. L'attuale percentuale in Assia è del 6,0%.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Erstattungsfähigkeit der Kosten eines deutschen Rechtsanwaltes für die ausländische Partei

Der BGH (Beschluss vom 4.7.2017, X ZB 11/15) hat seine anwaltsfreundliche Rechtsprechung bestätigt, nach der die ausländische Partei, die in Deutschland einen Rechtsstreit führt, nicht gehalten ist, aus Kostengründen einen Rechtsanwalt am Prozessgericht zu mandatieren. Gewinnt die ausländische Partei im Rechtsstreit, erhält sie auch die Reisekosten, die der Rechtsanwalt in Deutschland geltend macht, erstattet.

Im entschiedenen Fall überstiegen die Reisekosten (564,33 Euro) sogar den Streitwert (500,00 Euro). Hierzu stellt der BGH fest, dass bei einer Beauftragung eines Rechtsanwaltes durch die beklagte Partei, der geringe Betrag der eingeklagten Forderung regelmäßig nicht die Annahme begründet, die Beauftragung eines Rechtsanwaltes sei nicht erforderlich.

Achtung! Collega haftet nicht!

Wie das OLG Hamburg (18.05.2017, 4 U 194/16) festgestellt hat, haftet der ausländische Anwalt für die Honorarzählung des gemeinsamen ausländischen Mandanten nicht. Die entsprechende Vorschrift der 5.7 der CCBE Berufsregeln greife bei Anwendung deutschen Rechts nicht, da die europäischen Berufsregeln nach Aufhebung des § 29b BORA alter Fassung nicht mehr Teil des deutschen Rechts seien.

Erstattungsfähigkeit der Kosten eines Privatgutachtens

Das OLG Saarbrücken (26.05.2017, 9 W 39/16) hat in einer Entscheidung mit Berechnungsbeispiel die Grundsätze dargelegt, nach denen eine Partei die Erstattung der Kosten, die ihr durch einen Privatgutachter entstanden sind, einfordern kann. Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass eine pauschale Rechnung für die gesamte Mitwirkung am Verfahren nicht erstattungsfähig ist. Der Sachverständige hat jede Einzeltätigkeit gesondert festzustellen.

Neue Spezialekammern an deutschen Gerichten

Ab 2018 werden bei den Landgerichten in Deutschland Spezialekammern für bestimmte Rechtsgebiete eingeführt: Bank- und Finanzgeschäfte, Bau- und Architektenverträge, Ansprüche aus Heilbehandlungen sowie Versicherungsverträge.

Rechtsanwälte am BGH: Gezahlt wird in jedem Fall!

In Deutschland wird darüber debattiert, ob die Zulassung am Bundesgerichtshof, dem obersten Zivilgericht, Anwälten in ganz Deutschland offenstehen sollte. Die Bundesrechtsanwaltskammer prüft zur Zeit, ob die derzeitige Regelung noch zeitgemäß ist. Zur Zeit sind nur 42 Rechtsanwälte, die sämtlich in Karlsruhe ihren Kanzleisitz haben, berechtigt, Revision vor dem Bundesgerichtshof einzulegen. Durch ihre Monopolstellung ist auch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet, die den folgenden Fall sicher beeinflusst hat:

Ein Mandant hatte einen BGH-Anwalt gebeten, Revision einzulegen. Der Anwalt prüfte die Sache

und antwortete, dass er keine Revision einlegen wird, die Sache mache nach seiner Meinung keinen Sinn. Dem verblüfften Mandanten, der in jedem Fall prozessieren wollte, wurde die Revision dennoch in Rechnung gestellt und der BGH (16.02.2017, IX ZR 165/16) fand das auch richtig: Sei der Anwalt nach gründlicher Prüfung von der Aussichtslosigkeit eines Rechtsmittels überzeugt, bringe ihn das Beharren des Mandanten auf Durchführung des Verfahrens in einen unauf löslichen Konflikt. Die Befolgung der Weisung sei mit seiner Stellung als Organ der Rechtspflege unvereinbar.



Andando in udienza – Auf dem Weg zum Termin

Haftung des Rechtsanwaltes bei unnötigen Verfahren- selbst bei Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherung

Das OLG Hamm (23.08.2016, 28 U 57/15) hatte Anlass darauf hinzuweisen, dass der Rechtsanwalt für die Prozessrisiken eines von Anfang an aussichtslosen Prozesses auch dann haftet, wenn eine Rechtsschutzversicherung dem Mandanten bereits Kostendeckung erteilt hatte. Man sollte sich also selbst auf die ansonsten restriktive Prüfung der Rechtsschutzversicherung nicht mehr verlassen.

Offener Zugang zum elektronischen Rechtsverkehr

Jeder Mitgliedsstaat rüstet sich für den elektronischen Rechtsverkehr, wobei Italien dabei eine Vorreiterrolle einnimmt. Bei der Einrichtung der entsprechenden Plattformen und Netzwerke ist aber darauf zu achten, dass auch in dem Mitgliedstaat nicht zugelassene EU Rechtsanwälte am Justizverkehr teilnehmen können. Der EuGH hat Anlass gehabt, dies festzustellen, nachdem die Rechtsanwaltskammer Lyon einem Luxemburger Kollegen, der in Frankreich nicht zugelassen war, den Zugang zum Anwaltsnetzwerk versperrt hatte. Der EuGH hat die französischen Kollegen zur Öffnung verurteilt (18.05.2017, C-99/16).

Italien: Neue Rechtsformen für Rechtsanwälte

Seit dem 29.08.2017 ist es in Italien Rechtsanwälten gestattet, sich zur gemeinsamen Berufsausübung in Personen- und Kapitalgesellschaften, sowie auch in Gesellschaften mit nichtanwaltschaftlichen Gesellschaftern (Investoren), soweit diese nicht über 33 % der Anteile der Rechtsanwalts-gesellschaft halten (sog. Legge sulla concorrenza, 124/2017), zusammenzuschließen.

Einrede der ausländischen Schiedsabrede zu jedem Verfahrenszeitpunkt möglich

Wie der Kassationshof (21551/17) am 18.09.2017 festgestellt hat, kann die Einrede einer Schiedsabrede vor einem ausländischen Schiedsgericht zu jedem Zeitpunkt und in jeder Instanz des Verfahrens geltend gemacht werden, da es sich um eine die Zulässigkeit betreffende Einrede handle und keine materielle Einwendung darstelle.

Italien: Der Anwaltszwang der Parteien im obli-gatorischen Mediationsverfahren verletzt europäisches Recht

Das Landgericht Verona (Beschluss vom 28.09.2017, AZ: 9316/2015 R.G.) hat den Parteien eine Frist von 15 Tagen gesetzt, um das Mediationsverfahren einzuleiten, und diese darauf hingewiesen, dass diese auch ohne anwaltliche Vertretung daran teilnehmen können.

Diese Verfügung wurde aufgrund des Urteils Nr. 457/17 des EuGH (RS C-75/16) erlassen: Der Richter des Landgerichts Verona hatte einige Vorlagefragen über die Verhältnisse zwischen den italienischen Mediationsvorschriften (Gesetzesdekret Nr. 28/2010 und Art. 141, Abs. 4 des Verbrauchergesetzbuches) und den Richtlinien 2008/52/EG, 2009/22/EG, 2013/11/UE über die alternative Streitbeilegung (AS) gestellt.

Unter den vom EuGH angegebenen Voraussetzungen vertrat der veronesische Richter die Auffassung, dass die italienischen Bestimmungen, nach denen ein Verbraucher im Rahmen einer Mediation einen Rechtsanwalt beiziehen muss, unter Berücksichtigung des gesetzlichen Vergütungsanspruchs des Rechtsanwaltes mit dem Erfordernis „keine oder nur geringere Kosten für die Parteien verursachen“ unvereinbar sei. Die Beiziehung eines Rechtsanwaltes kann tatsächlich eine übermäßige Steigerung der Kosten für die Parteien verursachen, insbesondere wenn die Mediation keinen Erfolg hat. Er hat sie daher nicht angewandt.

Dieser Fall betrifft eine Verbraucherstreitigkeit, dennoch ist die ratio dieser Entscheidung auch auf die internationale alternative Streitbeilegung in Zivil- und Handelssachen gem. der Richtlinie 2008/52/EG anwendbar.

Nachdem sie bereits einmal für verfassungswidrig erklärt wurde, hat die italienische Mediation nunmehr eine neue Hürde, diesmal europäischen Charakters, zu überwinden. Unter Betrachtung des Gewichts des europäischen Urteils bedarf es für einen unversehrten Sprung und eine sichere Landung nunmehr eines Eingriffs des Gesetzgebers entweder in die Mediationsvorschriften oder in die Parameter der anwaltlichen Vergütung.

AC

Erforderlichkeit von Übersetzungen

Dem grenzüberschreitend tätigen Rechtsanwalt wird der Aufsatz von Fabig/Windau, „Übersetzungen bei Auslandszustellung innerhalb der EU?“ (NJW 2017, 35, S. 2502 ff) empfohlen; die Autoren stellen dar, wann innerhalb der EU auf Übersetzungen verzichtet werden kann.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Possibilità di rimborso delle spese di un avvocato tedesco per la parte straniera

Il BGH (Decisione del 4.7.2017, X ZB 11/15) ha confermato la sua giurisprudenza favorevole all'avvocatura secondo la quale una parte straniera che ha una causa in Germania, non è tenuta a dare procura ad un avvocato del luogo in cui si trova il tribunale competente per ragioni di costi. Se la parte straniera vince la causa, riceverà anche il rimborso dei costi di viaggio da qualsiasi luogo in Germania.

Nel caso deciso i costi di viaggio dell'avvocato (Euro 564,33) superavano addirittura il valore di causa (Euro 500,00). Il BGH ha tuttavia accertato che in caso di incarico affidato ad un avvocato dalla parte convenuta, la modestia del credito vantato non giustifica la presunzione che l'incarico non sia necessario.

Attenzione! Il Collega non è responsabile!

Come ha accertato la Corte d'Appello di Amburgo (18.05.2017, 4 U 194/16) il collega straniero non è responsabile per il pagamento degli onorari del cliente comune straniero. La norma, corrispondente delle regole deontologiche europee (Art. 5.7 delle CCBE), non entra in gioco in caso di applicazione del diritto tedesco, poiché dopo l'abolizione del § 29b BORA le regole deontologiche della vecchia edizione non fanno più parte del diritto tedesco.

Ammissibilità al rimborso delle spese di una perizia privata

La Corte di Appello di Saarbrücken (26.05.2017, 9 W 39/16) ha chiarito in una decisione con un dettagliato esempio di calcolo i principi, secondo i quali una parte può chiedere il rimborso delle spese sostenute per una perizia privata. In generale, va osservato che una fattura forfettaria per l'intera partecipazione al procedimento non è rimborsabile. Il perito deve concretizzare separatamente ogni singola attività.

Nuove sezioni speciali presso i tribunali tedeschi

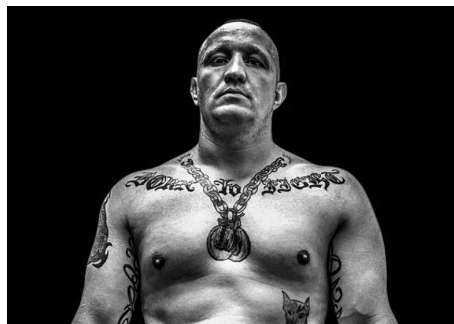
A partire dal 2018 presso i tribunali in Germania saranno istituite camere speciali per alcuni settori del diritto, ossia per le operazioni bancarie e finanziarie, per i contratti edilizi e con architetti, per le pretese derivanti da cure mediche e per i contratti assicurativi.

Avvocati presso la Corte federale Suprema (BGH): si paga in ogni caso!

In Germania si discute se l'ammissione al BGH, il più alto Tribunale civile, debba essere aperta agli avvocati in tutta la Germania. L'Ordine federale degli Avvocati sta attualmente esaminando se il regolamento vigente sia ancora al passo con i tempi. Attualmente solo 42 avvocati, tutti con sede a Karlsruhe, hanno il diritto di presentare ricorso dinanzi al BGH. La posizione di monopolio garantisce loro anche una indipendenza economica, che certamente ha influenzato il caso seguente.

Un cliente aveva chiesto ad un avvocato ammesso al patrocinio davanti alla BGH di presentare ricorso in Cassazione. L'avvocato, esaminata la questione, ha risposto che non lo avrebbe presentato, dicen-

do che non pensava che la questione avrebbe avuto alcun senso. Il ricorso è stato comunque fatturato al cliente stupito, che avrebbe voluto procedere in giudizio in ogni caso, e anche il BGH (16.02.2017, IX ZR 165/16) ritiene che ciò sia corretto: se l'avvocato è convinto dopo un esame approfondito che il ricorso in Cassazione non abbia possibilità di successo, l'insistenza del cliente circa la presentazione del ricorso stesso lo porterebbe ad un conflitto insopportabile. L'osservanza dell'incarico sarebbe incompatibile con la sua funzione di organo dell'amministrazione della giustizia.



Erfolgreicher Mediator – Mediatore di successo

Responsabilità dell'avvocato in caso di procedimenti non necessari, anche se i costi sono coperti dall'assicurazione tutela giudiziaria

La Corte di Appello di Hamm (23 agosto 2016, 28 U 57/15) ha avuto occasione di segnalare che l'avvocato risponde dei rischi processuali di un procedimento sin dall'origine senza possibilità di successo, anche se un'assicurazione di tutela giudiziaria ha già comunicato al cliente la copertura dei costi. Pertanto, non si può più fare affidamento sull'esame, altrimenti restrittivo, dell'assicurazione di tutela giudiziaria.

Accesso aperto al traffico elettronico in materia giuridica

Ogni Stato membro si prepara al traffico elettronico in materia giuridica e l'Italia svolge in merito un ruolo pionieristico. Tuttavia, nell'istituire le piattaforme e le reti pertinenti, occorre fare in modo che anche gli avvocati dell'UE non abilitati nello Stato membro possano partecipare al traffico giudiziario. La Corte di Giustizia Europea ha avuto occasione di accertarlo, dopo che l'Ordine degli Avvocati di Lione aveva bloccato l'accesso di un collega lussemburghese non abilitato in Francia alla rete di avvocati. La Corte di Giustizia Europea ha condannato i colleghi francesi a garantirgli il libero accesso (18.05.2017, C-99/16).

Italia: Nuove forme giuridiche per gli avvocati

Dal 29 agosto 2017 gli avvocati in Italia possono costituire, per l'esercizio comune della professione società di persone e capitali, ed anche società insieme a soci non avvocati (investitori), a patto che questi non detengano più del 33 % delle quote della società (Legge sulla concorrenza, 124/2017).

La clausola compromissoria di arbitrato estero può essere fatta valere in ogni stato e grado del processo

Come ha accertato la Corte di Cassazione (21551/17) il 18 settembre 2017, il regolamento preventivo di giurisdizione può essere proposto anche in relazione ad una clausola compromissoria di arbitrato estero, in quanto l'eccezione di compromesso ha natura processuale e non materiale.

Italia: L'obbligo per le parti di essere assistite da un avvocato nella Mediazione obbligatoria contrasta con il diritto dell'Unione Europea

Il Tribunale di Verona (ordinanza 28.09.2017, 9316/2015 R.G.) nell'assegnare alle parti il termine di 15 giorni per presentare l'istanza di mediazione, ha specificato che potranno parteciparvi senza assistenza di un avvocato. Tale provvedimento è stato emesso seguendo le indicazioni della Corte di Giustizia Europea (sentenza 457/17) a cui il giudice del Tribunale di Verona aveva posto alcune questioni pregiudiziali sul rapporto tra la normativa italiana sulla mediazione (d.lgs. 28/2010 e art. 141, comma 4 del codice del consumo) e le Direttive 2008/52/CE, 2009/22/CE, e 2013/11/UE in materia di risoluzione alternativa delle controversie (ADR).

Tra i motivi indicati dalla Corte Europea, il giudice scaligero ha ritenuto che la normativa italiana non rispetta il presupposto „di non generare costi, ovvero di generare costi non ingenti” con la previsione della obbligatoria assistenza dell'avvocato per le parti, e tenuto conto dei criteri fissati per i compensi degli avvocati. In concreto, l'assistenza di un avvocato in mediazione può comportare un aumento dei costi delle parti ritenuto eccessivo, specialmente se la mediazione non ha successo.

Egli ha quindi disapplicato tali disposizioni.

La fattispecie si riferisce a una controversia avvenuta tra le parti un consumatore, la portata della decisione dovrebbe comunque incidere anche sulle mediazioni civili e commerciali internazionali cui si riferisce la direttiva 2008/52/EC.

Dopo essere quindi incappata già in passato in un vizio d'incostituzionalità, la disciplina della mediazione obbligatoria italiana si trova a dovere fare i conti con un altro ostacolo, questa volta di carattere europeo. Considerato il peso della decisione della Corte di Giustizia UE per superarlo indenne ed atterrare in piedi occorrerebbe ora un intervento del legislatore, sulla disciplina della mediazione oppure sui parametri per la liquidazione dei compensi degli avvocati.

Necessità di traduzioni

Si consiglia all'avvocato che esercita all'estero la lettura del saggio di Fabig/Windau „Übersetzungen bei Auslandszustellung innerhalb der EU?“ (NJW 2017, 35, p. 2502 ss.); gli autori trattano dei casi in cui si può fare a meno delle traduzioni per le notifiche all'interno della CE.

VERTRIEBSRECHT

Kein Ausgleichsanspruch für in der Türkei tätigen Handelsvertreter

Ungeachtet der vielen politischen Differenzen wird die Türkei als Handelspartner für die europäische Union immer wichtiger. Der EuGH hatte mit seiner Entscheidung vom 16.2.2017 (C-507/15) zu klären, ob das zwischen der Türkei und der EU geschlossene Assoziierungsabkommen heute schon zu einer unmittelbaren Anwendung der EU-Handelsvertreterrichtlinie 86/653/EWG und damit zu einem unabdingbaren Ausgleichsanspruch für den in der Türkei tätigen Handelsvertreter führt. Der EuGH hat unter Hinweis auf Art. 17 und 18 der Richtlinie eine unmittelbare Anwendung abgelehnt, sodass deutsche oder italienische Unternehmen, die in der Türkei ihre Ware durch Handelsvertreter vertreiben lassen, auch keine Abfindungsansprüche am Ende des Vertragsverhältnisses befürchten müssen.

Kein Auskunftsanspruch des Vertriebshändlers zur Berechnung des Ausgleichsanspruches

Vielen italienische Unternehmen ist es nicht bekannt, dass in Deutschland nicht nur der Handelsvertreter einen Ausgleichsanspruch geltend machen kann, sondern – bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen – auch der Eigen- oder Vertriebshändler. Da er zur Berechnung seines Ausgleichsanspruches keine Provision heranziehen kann (er hat ja nicht auf Provisionsbasis gearbeitet) muss er seine Berechnung anhand des Händlererrabattes erstellen. In einem Fall vor dem OLG Düsseldorf (Urteil vom 27.1.2017 – I-16 U 171/15) hatte der Vertragshändler Auskunft über die vom Unternehmen nach Vertragsbeendigung erzielten Deckungsbeiträge eingeklagt, um die Höhe der konkreten Unternehmensvorteile zum Zwecke der Ausgleichsberechnung zu ermitteln. Das OLG hat den Auskunftsanspruch mit der Begründung abgelehnt, dass dem Vertragshändler

ein derartiger Auskunftsanspruch nur im Falle besonderer Anhaltspunkte zustehen könnte, wonach die Unternehmervorteile höher als die verlorenen Händlererrabatte sein könnten.

Verjährung des Buchauszugsanspruchs

Mit Entscheidung des BGH vom 03.08.2017 (VII ZR 32/17) wurde nun festgestellt, dass die Verjährung des Anspruchs des Handelsvertreters auf Erteilung eines Buchauszuges nach § 87c Abs. 2 HGB mit dem Schluss des Jahres beginnt, in dem der Unternehmer eine Abrechnung zu erteilen hat. Auch hinsichtlich nicht abgerechneter Geschäfte beginnt die Verjährung mit dem Schluss des Jahres des Abrechnungszeitraums. Der Handelsvertreter kann somit nach Ablauf dieser Frist nicht einwenden, er hätte keine Kenntnis über ein provisionspflichtiges Geschäft gehabt.

Kartellrechtliche Vereinbarkeit eines Preisvergleichsmaschinenverbotes und eines Plattformverbotes – Asics vs. Coty

Das OLG Düsseldorf hat mit Beschluss vom 05.04.2017 (VI- KArt 13/15 (V)) entschieden, dass das Verbot, Preisvergleichsportale zu nutzen, kartellrechtlich unzulässig ist. Das OLG bestätigte somit die Ansicht des Bundeskartellamts im „Asics“ Verfahren. Ein derartiges Verbot stelle keine qualitative Vertriebsbeschränkung dar und sei nicht zur Wahrung der Produktqualität oder des Produkts immer erforderlich, daher könne ein selektives Vertriebssystem kein allgemeines Plattformverbot vorsehen. In dem beim EuGH anhängigen Verfahren „Coty“ (C-230/16) ging es hingegen um das Plattformverbot (Amazon, Ebay etc.), der Generalanwalt hat für die Vereinbarkeit des Plattformverbots plädiert. Es bleibt nun abzuwarten, ob der EuGH, wie in den meisten Fällen, der Empfehlung des Generalanwaltes folgen wird. Wir werden berichten.

SCHADENSERSATZ IN TODESFÄLLEN- DAS NEUE HINTERBLIEBENENGELD

Am 22.7.2017 ist das Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld in Kraft getreten (BGBl. I 2017, 2421)

Bislang kannte das deutsche Recht - im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Rechtsordnungen - keinen Schmerzensgeldanspruch beim Tod eines nahen Angehörigen. § 844 BGB gab bislang den Hinterbliebenen nur Ansprüche auf Ersatz von Vermögensschäden, wie etwa die Beerdigungskosten (844 I BGB) und den entgangenen Unterhalt (844 II BGB). Darüber hinaus gewährte die Rechtsprechung den Angehörigen nur im Falle eines über die herkömmliche Trauer hinausgehenden pathologischen Schockschadens einen Anspruch auf eine geringe Geldzahlung. Nunmehr hat der Gesetzgeber durch die Einführung des neuen § 844 III bei Unfällen mit Todesfolge den Angehörigen des Opfers einen eigenen Schadensersatzanspruch ihres immateriellen Scha-

dens zur Verfügung gestellt. Der Anwendungsbereich dieser neuen Anspruchsgrundlage beschränkt sich nicht nur auf unerlaubte Handlungen, sondern findet auch in sämtlichen Fällen der außervertraglichen Schadenshaftung Anwendung. Hinsichtlich des persönlichen Anwendungsbereiches von § 844 III BGB hat es der Gesetzgeber bewusst unterlassen, die Aktivlegitimierten, wie etwa Eltern, Kinder, Ehegatten und Lebenspartner hierbei ausdrücklich aufzuführen. Maßgeblich für die Anspruchsberechtigung soll vielmehr eine „Intensität der tatsächlich gelebten sozialen Beziehung“ sein. Somit kommt also grundsätzlich jede Art von Beziehung zu dem Opfer in Betracht, soweit ein besonderes persönliches Näheverhältnis nachgewiesen wird. Bezüglich der Höhe des Schmerzensgeldes wird sich zeigen, wie die Gerichte dieses festlegen werden. Dieses sollte sich jedoch bei nahen Angehörigen nicht unter 10.000 Euro bewegen. SD

DATENSCHUTZ

Neue EU-Datenschutzgrundverordnung – es ändert sich einiges und es wird Zeit zu handeln!

Am 25. Mai 2018 tritt die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen bringt sie viele Änderungen im Vergleich zur bisherigen Rechtslage mit sich. Unternehmen haben nicht mehr viel Zeit, um die vielen Neuerungen im Vergleich zum bisherigen BDSG umzusetzen. Es ist jedoch wichtig, sich bereits jetzt damit auseinanderzusetzen und die Umsetzung der neuen Vorgaben alsbald vorzunehmen.

Durch das neue EU-Recht werden unmittelbar das bisherige Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und die EU-Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG), auf der das BDSG basiert, abgelöst und sind dann nicht mehr anwendbar. Zeitgleich tritt ein dazu gehöriges deutsches Ergänzungsgesetz in Kraft, das die DSGVO zum Teil modifiziert und konkretisiert. Die DSGVO wird außerdem ergänzt durch die noch in Abstimmung befindliche EU-e-Privacy-Verordnung, die ebenfalls am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll und Internet- und Telemedien-Dienste betrifft.

Ziel des gesetzlichen Gesamtpaketes ist ein einheitliches Datenschutzrecht innerhalb der EU, wodurch vor allem die Rechte und Kontrollmöglichkeiten derjenigen gestärkt werden, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden (sog. Betroffene).

Wesentliche Elemente des bisherigen BDSG werden auch zukünftig gelten, insbesondere die in Art. 5 DSGVO festgelegten Grundsätze der Datenverarbeitung: Rechtmäßigkeit, Zweckbindung, Datenminimierung (Datensparsamkeit), Richtigkeit, zeitliche Beschränkung (Speicherbegrenzung), Integrität und Vertraulichkeit sowie eine Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen für die Einhaltung dieser Grundsätze.

Daneben wird es zukünftig einige Änderungen geben, die es zu beachten gilt – sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen. Gerade für Unternehmen ist es wichtig, sich bald um die Umsetzung der neuen Regelungen zu bemühen und neue datenschutzrechtliche Prozesse zu etablieren. Praktisch jedes Unternehmen verarbeitet personenbezogene Daten, da dies heutzutage unabdingbar ist, wie z.B. bei der Personal- oder Kundendatenverwaltung. Alle Unternehmen müssen die Erhebung, die Verarbeitung und die Nutzung von Daten rechtlich auf den Prüfstand stellen. Dies kann zu erheblichen Eingriffen in die technische Gestaltung der Datenverarbeitungsprozesse führen, was mit Aufwand und Mehrkosten verbunden sein wird. Im Falle der verspäteten Einführung der neuen Vorgaben drohen enorme Bußgelder - bislang galt die Höchstsumme für Bußgelder bei Datenschutzverstößen von Euro 300.000 – zukünftig werden dies Euro 20.000.000 sein und bei Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 500 Mio. Euro bis zu 4 Prozent der weltweiten Jahresumsätze, sodass Großunternehmen bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht Bußgelder in Millionen- oder gar Milliardenhöhe drohen. Chr. H.

PRIVACY

Nuovo regolamento comunitario in materia di tutela dei dati personali- ci sono diversi cambiamenti, è ora di agire!

Il 25 maggio 2018 entrerà in vigore il nuovo regolamento europeo in materia di tutela dei dati personali. Ci saranno alcuni cambiamenti rispetto alla normativa previgente non solo per le imprese ma anche per i privati. Le imprese non hanno molto tempo per recepire la nuova normativa. È importante sin d'ora confrontarsi e intraprendere prima possibile il recepimento delle nuove norme.

Con il nuovo regolamento comunitario si modifica la normativa tedesca sulla tutela della privacy (Bundesdatenschutzgesetz BDSG) e si sostituisce la direttiva 95/46/CE, sulla quale la normativa tedesca si basa; esse, quindi, non sono più applicabili. Contestualmente entra in vigore una normativa tedesca di completamento della materia, che in parte modifica e concretizza il nuovo regolamento europeo. Esso, inoltre, viene completato con un altro regolamento europeo in materia di e-Privacy, ancora in fase di approvazione, il quale dovrebbe entrare in vigore il 25 maggio che riguarda internet e i servizi di telecomunicazione.

Obiettivo dell'intero pacchetto è una normativa unitaria in materia di tutela della privacy per tutti Paesi dell'Unione, per mezzo della quale vengono rafforzati, in particolare, i diritti e le possibilità di controllo di coloro a cui si riferiscono i dati elaborati (interessati).

Gli elementi essenziali, contenuti nella normativa nazionale tedesca ancora in vigore, saranno validi anche in futuro, e in particolare i principi che regolano l'elaborazione dei dati, individuati dall'art. 5 del nuovo regolamento comunitario: legittimità, destinazione, riduzione dei dati (risparmio sui dati), correttezza, limitazione temporale (salvataggio dei dati per un tempo limitato), integrità e riservatezza, così come l'obbligo per i responsabili a rendere conto per l'osservanza di questi principi.

Oltre a ciò in futuro ci saranno cambiamenti da tenere in considerazione- non solo dalle imprese ma anche dai privati. Ora per le imprese è importante impegnarsi a recepire le nuove regole e avviare nuove procedure nel rispetto della normativa. Nella pratica ogni impresa utilizza dei dati relativi a persone, essendo ciò oggi inevitabile, come per esempio nell'amministrazione del personale o dei clienti. Tutte devono verificare la liceità del rilevamento, dell'elaborazione e dell'utilizzo dei dati. Questo può portare a rilevanti interventi nella configurazione tecnica del processo di elaborazione dei dati, a cui si collegano dispendio di energia e maggiori costi. Per i casi di tardivo recepimento delle nuove prescrizioni, si minacciano pesanti multe – finora, per violazione della privacy, era previsto l'importo massimo di Euro 300.000 - in futuro potranno ammontare fino a Euro 20.000.000 e, per le imprese che fatturano in tutto il mondo oltre 500 milioni di Euro, è previsto fino al 4% del fatturato annuale complessivo, così che le grosse imprese, in caso di violazione delle norme sulla tutela della privacy, rischiano multe di milioni o addirittura miliardi.

DISTRIBUZIONE

Nessuna indennità di fine rapporto per gli agenti commerciali operanti in Turchia

A dispetto delle numerose divergenze politiche, la Turchia sta diventando un partner commerciale sempre più importante per l'Unione europea. Nella sua decisione del 16/2/2017 (C-507/15), la Corte di Giustizia Europea è stata chiamata a chiarire se l'accordo di associazione concluso tra la Turchia e l'Unione Europea comporti l'applicazione diretta della direttiva 86/653/CEE in materia di agenzia commerciale e l'applicazione del diritto inderogabile relativo all'indennità di fine rapporto dell'agente operante in Turchia. La Corte di Giustizia europea, richiamando gli artt. 17 e 18 della direttiva, ha escluso un'applicazione diretta di tali disposizioni, per cui le imprese tedesche e italiane che commercializzano i loro prodotti in Turchia tramite agenti di commercio non dovranno temere richieste di indennizzo al termine del rapporto contrattuale.

Nessun diritto d'informazioni da parte del concessionario per calcolare l'indennità di fine rapporto

Molte imprese italiane non sono a conoscenza del fatto che in Germania non solo l'agente commerciale può far valere un'indennità di fine rapporto, ma anche - se sussistono i relativi presupposti - i propri concessionari o distributori. Poiché ai fini del calcolo dell'indennità non possono essere utilizzate le provvigioni (il concessionario non viene di norma remunerato con provvigioni) il concessionario effettua di regola una prognosi basata sul proprio margine commerciale. In un caso pendente dinanzi alla Corte d'Appello di Düsseldorf (sentenza del 27/1/2017 - I-16 U 171/15) il concessionario aveva richiesto, al fine di determinare i vantaggi del proponente rilevanti ai fini dell'indennità di fine rapporto, che l'impresa fosse condannata a dare le informazioni relative al margine lordo degli affari conclusi dopo la risoluzione del contratto. La Corte d'Appello respingeva tale richiesta adducendo come motivazione il fatto che il concessionario potrebbe avere diritto a tali informazioni solo in caso di sussistenza di circostanze particolari, da cui si possa desumere che i vantaggi del proponente potrebbero

essere superiori alla perdita subita dal concessionario (pari al proprio margine commerciale).

Prescrizione del diritto dell'agente alla consegna del rendiconto contabile

Con decisione della Corte Federale Tedesca (BGH) del 3/8/2017 (VII ZR 32/17) è stato stabilito che il termine di prescrizione del diritto dell'agente di commercio a ricevere il rendiconto contabile ai sensi dell'articolo 87c Abs. 2 HGB decorre dalla fine dell'anno in cui l'imprenditore avrebbe dovuto consegnare all'agente l'estratto conto provvigioni. Il termine di prescrizione per le operazioni non indicate nell'estratto conto provvigioni decorre pertanto dalla fine dell'anno del periodo di conteggio. Scaduto tale termine l'agente non potrà eccepire di non essere stato a conoscenza di informazioni in merito a un affare non indicato nell'estratto conto provvigioni.

Compatibilità ai sensi della normativa antitrust del divieto di motori di ricerca per la comparazione dei prezzi e del divieto di marketplace - Asics vs Coty

Con decisione del 5/4/2017 (VI- KArT 13/15 (V)), la Corte d'Appello di Düsseldorf ha stabilito che il divieto di utilizzare motori di ricerca per la comparazione dei prezzi è incompatibile con la normativa europea antitrust. La Corte ha confermato l'opinione espressa dall'Ufficio federale antitrust tedesco nel caso „Asics“. Tale divieto non costituirebbe una restrizione qualitativa della distribuzione e non sarebbe necessario per tutelare il prodotto o la sua qualità, pertanto un sistema di distribuzione selettivo non può prevedere un divieto generale dell'uso di motori di ricerca per la comparazione dei prezzi. Nella causa „Coty“ (C-230/16) pendente dinanzi alla Corte di Giustizia Europea si dovrà decidere se il divieto contrattuale volto a impedire l'utilizzo dei cosiddetti marketplace sia compatibile con la normativa antitrust europea. L'Avvocato Generale ha invocato la compatibilità di tale divieto, non ritenendo integrata alcuna violazione, resta pertanto da verificare se la Corte seguirà la raccomandazione dell'Avvocato Generale, come nella maggior parte dei casi. Vi terremo aggiornati.

RISARCIMENTO DEL DANNO IN CASO DI DECESSO – IL NUOVO DIRITTO DI RISTORO PER I PARENTI SUPERSTITI

Il 22.7.2017 è entrata in vigore la nuova legge che introduce il diritto dei superstiti a richiedere il risarcimento del danno in caso di decesso di un parente. (BGBl. I 2017, 2421)

Sino alla introduzione della presente legge, in Germania – diversamente dalla maggior parte degli altri Paesi europei – non si prevedeva alcun ristoro per i parenti superstiti di vittime di sinistri mortali. L'art. 844 BGB (codice civile tedesco) riconosceva solo il risarcimento dei danni patrimoniali, quali ad esempio i costi dei funerali (844 I BGB) e la perdita del mantenimento (844 II BGB). La giurisprudenza tedesca riconosceva ai superstiti il diritto ad un piccolo ristoro

solo in presenza di comprovata patologia da shock posttraumatico et alia. Il legislatore tedesco ha ora introdotto un nuovo meccanismo, inserendo un terzo comma all'art 844 BGB e riconoscendo ora ai superstiti il diritto al risarcimento del danno iure proprio per la perdita di un parente stretto. La norma trova larga applicazione, non solo per i casi di illecito, bensì, più in generale, per i casi responsabilità extracontrattuale. Il criterio conduttore è basato sul grado di intensità del rapporto tra la vittima ed il superstito. Invece non si prevede nulla in merito al quantum. Sarà la prassi a formare dei criteri guida, si ritiene, tuttavia, che l'importo non dovrebbe essere inferiore a Euro 10.000,00.

ARBEITSRECHT

Erstattung von Reisekosten bei Vorstellungsgesprächen

In Italien käme kein Bewerber, der für ein Vorstellungsgespräch eingeladen wird, auf die Idee, bei dem potentiellen Arbeitgeber seine Reisekosten geltend zu machen. Dieser Anspruch besteht in Deutschland, soweit der Arbeitgeber bei der Ladung zum Gespräch nicht ausdrücklich deutlich gemacht hat, dass er zur Übernahme der Kosten nicht bereit ist. Die Regel ist also die Kostenübernahme.

Die vielen Rechtsfragen, die sich bei der Kostenübernahme ergeben, hat Roepert in NJW 2017, 2076 ff anschaulich dargelegt.

Entgelttransparenzgesetz in Kraft

Zum 1.7.2017 ist in Deutschland das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen (EntGTranspG) in Kraft getreten. Es soll für mehr Lohngerechtigkeit sorgen, nachdem in Deutschland Frauen im Schnitt für die gleiche Tätigkeit weniger Geld erhalten als Männer. Das Gesetz führt einen individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte in Betrieben und Dienststellen mit mehr als 200 Beschäftigten ein. Alle zwei Jahre können die Beschäftigten Auskunft darüber verlangen, nach welchen Kriterien und nach welchen Verfahren das eigene Entgelt berechnet wird. Darüber hinaus enthält es eine Aufforderung an private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten, ihre Entgeltstrukturen zu überprüfen.

Private Internetnutzung am Arbeitsplatz Heute: Der Keylogger

Dieses beliebte Thema ist um eine Facette reicher: Ein Arbeitgeber führte in den Betrieb einen sogenannten Keylogger ein: Er informierte hiervon alle Arbeitnehmer mit einem Schreiben, nach dem „in Zukunft sämtlicher Internet Traffic und die Benutzung des Systems mit geloggt und dauerhaft gespeichert“ werden würde. Der Arbeitnehmer widersprach dem Schreiben nicht und wurde dann wegen privater Nutzung des Internets gekündigt.

Das Bundesarbeitsgericht (Urt. v. 27.07.2017, Az.2 AZR 681/16) hält die durch den Keylogger erhobenen Werte für nicht verwertungsfähig. Die Datenerhebung durch einen Keylogger, der ein nahezu umfassendes Profil sowohl der privaten als auch der dienstlichen Nutzung des Arbeitsplatzes ermögliche und sämtliche sensible Daten, wie auch Benutzernamen und Passwörter, speichere, sei ein unzulässiger Eingriff in das Recht des Betroffenen auf informelle Selbstbestimmung.

Selbst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat sich am 5. 9.2017 mit dem Thema befasst. Er hat festgestellt, dass selbst bei einem bestehenden Verbot zur privaten Internetnutzung der auch am Arbeitsplatz geltende Anspruch auf Achtung des Privat- und Familienlebens nach Art. 8 MRK es erfordere, dass der Arbeitnehmer vorab über die Möglichkeit und das Ausmaß einer Überwachung unter Angabe eines legitimen Grundes informiert werden müssen. Keine Überraschungen also.

Unbillige Weisungen des Arbeitgebers : Änderung der Rechtsprechung

Das Bundesarbeitsgericht (14.06.2017, 10 AZR 330/16) hat seine Rechtsprechung zur Befolgung unbilliger Weisungen des Arbeitgebers geändert. Nach bisheriger Rechtsprechung beispielsweise musste der Arbeitnehmer eine Versetzung, die er für rechtswidrig hielt, zunächst befolgen, um nicht eine härtere Sanktion wie eine Kündigung wegen Arbeitsverweigerung zu riskieren. In Zukunft hat der Arbeitnehmer das Recht, eine unbillige Weisung nicht zu befolgen, wobei das Risiko beim Arbeitnehmer liegt, denn ob eine Weisung rechtmäßig war oder nicht, entscheidet erst später der Arbeitsrichter.

Verschärfung der Entsenderichtlinie

Die Arbeits- und Sozialminister der EU haben sich auf eine Reform der Entsenderichtlinie geeinigt, die frühestens 2021 in Kraft treten wird. Da diese dann in nationale Gesetze umzusetzen ist, wird der Arbeitsmarkt die neuen Regeln erst im Jahre 2022 spüren. Ziel der Reform ist es, die wirtschaftlichen Bedingungen der entsandten Arbeitnehmer an die der heimischen Arbeitnehmer anzupassen. Der deutsch-italienische Wirtschaftsverkehr wird davon wenig beeinträchtigt werden, da das Lohnniveau in den beiden Ländern vergleichbar ist; Unternehmen aus Osteuropa, die auf Werkvertragsbasis in Deutschland und in Italien tätig sind, werden sich erheblich umstellen müssen.

FAMILIENRECHT

Heiratsverbot für Jugendliche

In Deutschland wird es keine Kinderehen mehr geben. Der deutsche Bundestag hat beschlossen, dass nur heiraten darf, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Ehemündigkeit tritt gem. §1303 BGB n.F. erst mit der Volljährigkeit ein.

Wenn ein Ehegatte im Zeitpunkt der Eheschließung das 16., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, kann die Ehe durch richterliche Entscheidung aufgehoben werden. Von einer Aufhebung kann nur in besonderen Härtefällen sowie dann abgesehen werden, wenn der minderjährige Ehegatte zwischenzeitlich volljährig geworden ist und die Ehe bestätigt.

Ehen, bei denen einer der Ehegatten im Zeitpunkt der Eheschließung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, werden unwirksam sein. Eines gerichtlichen Aufhebungsverfahrens bedarf es für diese Ehen nicht, sie sind von vornherein nichtig.

Diese Grundsätze gelten auch für eine nach ausländischem Recht wirksam geschlossene Kinderehe, darunter auch Ehen zwischen Flüchtlingen. Im ver-

gangenen Jahr zählte man 1.475 im Ausland geschlossene Ehen mit minderjährigen Partnern, darunter 361 mit Kindern unter 14 Jahren.

Zukünftige Aufgabe des Jugendamtes ist es, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Obhut zu nehmen, auch wenn diese verheiratet sind, um die Rechtslage zu prüfen und evtl. Schutzmaßnahmen und Aufhebungsverfahren einzuleiten. VR

Anpassung der Düsseldorfer Tabelle

Am 1.1.2018 werden die Sätze der Düsseldorfer Tabelle zum Kindesunterhalt erhöht. Gleichzeitig erhöht sich auch das Kindergeld gegenüber 2017 um zwei Euro (für die ersten zwei Kinder wird in Zukunft 194 Euro pro Kind, ab dem dritten Kind 200 Euro gezahlt). Wir stehen Ihnen für Erläuterungen gern zur Verfügung. vr

Digitale Scheidung

In Großbritannien ist die digitale Scheidung eingeführt worden. Die Vorreiterrolle hat die Stadt Nottingham, sie wird aber bald im ganzen Land gelten. Der Scheidungsantrag kann mit wenigen Klicks auf

entsprechenden Formularen erledigt werden, wobei diese Möglichkeit nur für einvernehmliche Scheidungen gilt. Um das Verfahren abzuschließen, muss aber weiterhin ein Rechtsanwalt beauftragt werden.

... Fortsetzung folgt (aus der letzten Ausgabe des Mandantenbriefs)

Im vorherigen Mandantenbrief hatten wir darüber berichtet, dass mit der Entscheidung des Kassationshofs Nummer 11504 vom 10.5.2017 sich die Rechtsprechung zum Scheidungsunterhalt grundsätzlich gewandelt hat. Die Anknüpfung an den Lebensstandard während der Ehezeit ist aufgegeben worden. Ein Unterhaltsanspruch ist jetzt nur dann gegeben, wenn der wirtschaftlich schwächere Partner nicht mehr in der Lage ist, für seinen eigenen Unterhalt zu sorgen. Es sind nur einige Monate seit der Verkündung vergangen, in denen die Rechtsprechung nicht immer einheitlich entschieden hat. Dies hat den italienischen Gesetzgeber veranlasst, eine Reform des Art. 5 de Scheidungsgesetzes in Angriff zu nehmen. Wir werden Sie darüber informieren, ob die Reform durchgeführt werden wird. Mit ihr würde sich das italienische Recht dem deutschen angleichen.

DIRITTO DEL LAVORO

Rimborso delle spese di viaggio relative ai colloqui di lavoro

In Italia a nessun candidato invitato per un colloquio di lavoro verrebbe in mente di richiedere al potenziale datore di lavoro il rimborso delle spese di viaggio da lui sostenute. Questa richiesta è del tutto normale invece in Germania, per quanto il datore di lavoro non abbia fatto espressamente riferimento nell'invito al colloquio, di non essere disposto al rimborso dei costi. La regola dunque è il rimborso delle spese.

Roepert ha illustrato chiaramente tutte le numerose questioni giuridiche sorte in merito al rimborso delle spese nella NJW 2017, 2076 ss.

Entrata in vigore della Legge sulla trasparenza dei compensi

Il 1.7.2017 è entrata in vigore in Germania la legge sull'incentivazione alla trasparenza della struttura dei compensi (EntGTranspG). È mirata all'equità delle retribuzioni, dal momento che in Germania le donne, a parità di mansioni, guadagnano in media meno degli uomini. La Legge prevede un diritto individuale all'informazione per i lavoratori di aziende o enti con più di 200 impiegati. Ogni due anni gli impiegati possono richiedere informazioni in merito ai criteri e al procedimento in base ai quali è stata calcolata la propria retribuzione. È inoltre prevista la possibilità di richiedere ai datori di lavoro con più di 500 dipendenti la verifica della struttura della retribuzione.

Uso privato di internet sul posto di lavoro Oggi: il „Keylogger“

A questo amato tema si è aggiunta una nuova sfaccettatura: un datore di lavoro aveva introdotto in azienda un cosiddetto Keylogger: aveva informato per iscritto tutti i lavoratori del fatto che „in futuro tutto il traffico internet e l'uso del sistema sarebbero stati archiviati e salvati in maniera permanente“. Il lavoratore non si era opposto alla comunicazione ed era stato licenziato per utilizzo privato di Internet.

Il Tribunale del lavoro (sent. del 27.07.2017, Az.2 AZR 681/16) ha valutato i dati raccolti dal Keylogger come non utilizzabili. La raccolta dei dati con un Keylogger, che rende possibile il profilo quasi completo dell'uso sia privato che di servizio del luogo di lavoro e memorizza tutti i dati sensibili, così come nome utente e password, è un'inammissibile invasione del diritto all'autodeterminazione informale degli interessati.

La stessa Corte europea dei diritti dell'uomo (CEDU) si è occupata del tema il 5.9.2017. Ha stabilito che, anche in presenza di un divieto all'uso personale di Internet, sia da rispettare il diritto al rispetto della vita privata e familiare ai sensi dell'art. 8 CEDU; il dipendente dovrà dunque essere informato in anticipo circa la possibilità e la portata della sorveglianza, indicando un motivo legittimo. Nessuna sorpresa, quindi.

Irragionevoli direttive del datore di lavoro: come è cambiata la giurisprudenza

Il Tribunale federale del lavoro (06/14/2017, 10 AZR 330/16) ha modificato la propria giurisprudenza sul rispetto delle direttive inique del datore di lavoro. Secondo la giurisprudenza precedente, ad esempio, il dipendente doveva accettare un trasferimento, da lui considerato illegittimo, per non rischiare la sanzione più severa del licenziamento per insubordinazione. In futuro, i dipendenti avranno il diritto di non seguire le direttive inique. Il rischio rimarrà a carico del dipendente; la legittimità o meno di una direttiva infatti verrà decisa successivamente dal tribunale del lavoro.

Inasprimento della direttiva sul distacco dei lavoratori

I ministri del Lavoro e degli Affari sociali dell'UE hanno concordato una riforma della direttiva sul distacco dei lavoratori, che entrerà in vigore non prima del 2021. Poiché questa dovrà essere recepita dalle legislazioni nazionali, il mercato del lavoro non sarà influenzato dalle nuove norme fino al 2022. La riforma mira ad adeguare le condizioni economiche dei lavoratori distaccati a quelle dei lavoratori domestici. Il commercio economico italo-tedesco ne risentirà in misura minore, dato che i livelli salariali nei due paesi sono comparabili; le imprese dell'Europa dell'Est che operano sulla base di contratti d'appalto in Germania e in Italia dovranno apportare notevoli adeguamenti.

DIRITTO DI FAMIGLIA

Divieto di matrimonio per gli adolescenti

In Germania non sono più possibili matrimoni tra adolescenti. Si può sposare solo chi ha compiuto i 18 anni! Così ha legiferato il Parlamento tedesco. L'emancipazione inizia quindi con la maggiore età. In questo senso l'art. 1 della legge del 17.07.2017 (BGBl. I S. 2429) ha riformato il §1303 del codice civile tedesco.

Se un coniuge ha contratto matrimonio dopo aver compiuto il 16. anno di età ma non ha ancora raggiunto i 18 anni, detto matrimonio può essere annullato con una decisione giudiziaria. L'annullamento può essere escluso solo in casi di particolare ingiustizia e qualora il coniuge che ha contratto matrimonio da minorenni sia con il tempo diventato maggiorenne e confermi la sua volontà di rimanere sposato.

Invece i matrimoni contratti da minore che non hanno ancora compiuto il 16. anno di età sono considerati nulli. Per tali matrimoni non è necessario alcun procedimento di annullamento in quanto vengono considerati a priori ex lege nulli, inesistenti.

Questi principi valgono anche se i matrimoni tra adolescenti sono stati contratti secondo il diritto straniero, come ad esempio tra giovani profughi.

Lo scorso anno tra 1.475 matrimoni contratti all'estero 361 di questi sono stati contratti da giovani minori di 14 anni.

Il futuro compito dello Jugendamt (Ufficio tedesco di assistenza dei minori) consisterà nel prendere in custodia i profughi minori non accompagnati, anche se sposati, al fine di verificare la situazione legale conseguente al matrimonio ed eventualmente attivare azioni di protezione dei minori volte ad ottenere l'annullamento del matrimonio contratto in giovane età.

Aggiornamento della Düsseldorf Tabelle

Ricordiamo che dal 01.01.2018 entra in vigore un aggiornamento della Düsseldorf Tabelle relativa al mantenimento dei figli. Contestualmente verrà anche aumentato il Kindergeld di 2 euro rispetto al 2017 (pertanto per i primi due figli l'importo sarà di 194 Euro a figlio, dal terzo 200 Euro). Restiamo a disposizione per eventuali chiarimenti. VR

Divorzio digitale

In Gran Bretagna è stato introdotto il divorzio digitale. La città pioniera di Nottingham (a breve sarà

possibile a livello nazionale) da la possibilità di inoltrare la domanda di divorzio in via digitale compilando appositi moduli e facendo un semplice click. Sarà possibile solo per i coniugi che divorziano consensualmente. Resta fermo che debbano incaricare un avvocato per portare a termine la pratica.

Ulteriori novità in materia di alimenti divorzili

Nella precedente newsletter 42 avevamo segnalato la sentenza della Cassazione n. 11504 dd. 10.05.2017 che ha mutato in modo epocale l'orientamento in materia di riconoscimento dell'assegno divorzile. La sentenza infatti ha ritenuto superato il riferimento al mantenimento del tenore di vita goduto durante il matrimonio, riconoscendo il diritto all'assegno divorzile solo in caso di mancata autosufficienza del coniuge economicamente più debole. A pochi mesi dalla citata sentenza, dopo un susseguirsi di orientamenti giurisprudenziali contrapposti, l'art. 5 della legge sul divorzio è al vaglio del Parlamento per essere riformato e soprattutto „modernizzato“. Se tale riforma passerà (vi aggiorneremo) il diritto italiano si allineerà alla disciplina tedesca, eliminando le grandi differenze in materia tra i due ordinamenti. VR

NEUES AUS EUROPA

Keine Diskriminierung von ausländischen Beschäftigten beim Mitbestimmungsrecht

Das deutsche Mitbestimmungsrecht gewährt Arbeitnehmern in größeren Betrieben das Recht, Vertreter für das höchste Gremium der Gesellschaft (Aufsichtsrat) zu wählen. Außerhalb Deutschlands beschäftigte Mitarbeiter werden bei Berechnung des Schwellenwertes (500 Arbeitnehmer bei einer 1/3-Beteiligung, 2000 Arbeitnehmer bei einer paritätischen Beteiligung) nicht berücksichtigt. Sie dürfen derweil auch nicht mitstimmen. Nach Auffassung des EuGH (18.07.2017, C 566/15) liegt hierin kein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot von Art 45 AEUV vor.

Neues Verfahren bei Streitigkeiten über Doppelbesteuerung

Nach einer Entschließung des Europaparlaments soll ein neues Streitbeilegungsverfahren bei Doppelbesteuerungstreitigkeiten eingeführt werden. Es soll allen Steuerpflichtigen offen stehen, die in verschiedenen Mitgliedsstaaten Steuern zahlen. Zunächst soll ein Verständigungsverfahren mit Steuerbehörden der betroffenen Mitgliedsstaaten durchgeführt werden; scheitert dieses, soll das neue Verfahren eingeleitet werden können (siehe NJW- Aktuell, Bericht aus Brüssel, Heft 35).

Gemeinsame Mindeststandards des Zivilprozessrechts in der EU

Am 4.7.2017 hat das Europaparlament eine Entschließung mit Empfehlungen an die Kommission zu gemeinsamen Mindeststandards des Zivilprozessrechts in der EU (2015/2084(INL)) angenommen. Einzelne Bereiche des Zivilprozessrechts sollen harmonisiert werden, so sollen in mündlichen Verhandlungen Fernkommunikationsmittel zur Verfügung stehen und hohe Gerichtsgebühren den Zugang zur Justiz für EU-Bürger nicht erschweren.

Kosten missbräuchlicher oder mutwilliger Prozessführung

Eine für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr in der Praxis wichtige Entscheidung hat der BGH zu Art. 34, 45 EUGVO am 22.06.2017 (IX ZB 61/16) getroffen. Das Oberlandesgericht Mailand verurteilte den deutschen Kläger zur Erstattung der Kosten des Rechtsstreits sowie weiterer 15.000 Euro aufgrund verschärfter Haftung wegen waghalsigen (mutwilligen) Rechtsstreits im Sinne des Art. 96 Abs. 3 der italienischen Zivilprozessordnung. Als die italienische Partei diesen Betrag in Deutschland vollstrecken wollte, wandte die deutsche Partei einen Verstoß gegen den ordre public ein, da derartige Strafzahlungen mit dem deutschen Recht nicht vereinbar seien.

Anders als im Falle von „punitive damages“ sieht der BGH hier eine Ersatzpflicht gegeben, die dem deutschen Recht nicht grundsätzlich fremd sei. Es würde den deutschen ordre public nicht verletzen, wenn schlecht nachweisbare wirtschaftliche Nachteile pauschal ausgeglichen werden würden.

GEISTIGES EIGENTUM

Achtung, Abmahnung!

Die Geltendmachung von Anwaltskosten bei Verletzung von geistigen Eigentum oder wettbewerbswidrigem Verhalten ist in Deutschland ein verbreitetes Phänomen. Jede zweite deutsche Familie wird ein Schreiben einer Anwaltskanzlei erhalten haben, nach der Urheberrechtsverletzungen für unerlaubte Downloads von Musiktiteln angezeigt wird. Bestimmte Anwaltskanzleien werden hier industriell tätig (bsw. Waldorf-Frommer). Die deutsche Rechtsordnung ist dafür anfällig, da die Kostenerstattung nicht von dem Richter nach seinem Ermessen festgelegt wird, sondern dem Grunde und der Höhe nach vorgeschrieben ist.

Vor diesem Hintergrund wird folgender Fall verständlich. Der Inhaber eines Sportshops vereinbarte mit einem befreundeten Anwalt, im großen Stil E-Bay-Verkäufer wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens abzumahnern und Kostenerstattung für die Abmahnung geltend zu machen. Die eingehenden Zahlungen auf die Anwaltsrechnungen wollten sich die Freunde teilen. Den Ebay-Verkäufern wurde vorgeworfen, dass sie als Verbraucher auftreten würden, obwohl sie Unternehmer seien. Der Rechtsanwalt schrieb über 1500 Personen an. Wenn auch nur 10 % der angeschriebenen sofort gezahlt hätten, hätte sich die Initiative gelohnt.

Der Rechtsanwalt wurde wegen Betruges verurteilt und der BGH hat die Verurteilung bestätigt (8.02.2017, 1 StR 483/16). Die Gerichte haben festgestellt, dass der Rechtsanwalt durch die Behauptung, sein Mandant habe aufgrund seiner Einschaltung Kosten gehabt, die Adressaten getäuscht habe. Der Rechtsanwalt sollte ja nicht von seinem Mandanten (dem Mittäter), sondern aus dem Erlös der Mahnaktion bezahlt werden.

Der Rechtsanwalt wurde wegen vollendeten Betrugs verurteilt, 25 Abgemahnte hatten sofort nach Aufforderung bezahlt.

Ein vergleichbarer Fall lag der Entscheidung des OLG Karlsruhe vom 27. 9.2017 (6 U 10/16) zugrunde. Dort hatte ein insolventer Geschäftsführer einer Unternehmensgesellschaft mit 1000 Euro Stammkapital mehrere Abmahnungsverfahren wegen behaupteter Wettbewerbsverstöße in Gang gesetzt. Das Oberlandesgericht hat hier einen Rechtsmissbrauch festgestellt und die Klage auf Erstattung der Gebühren zurückgewiesen.

Neuigkeiten im Rahmen der Unionsmarkenverordnung

Am 1. Oktober 2017 trat die zweite Phase der europäischen Markenrechtsreform in Kraft (EU-Verordnung 2017/1001).

Die eingeführten Änderungen umfassen drei wichtige Bereiche:

1) Grafische Wiedergabe – Markenarten: Die Marke kann mit allgemein zugänglicher Technologie in jeder geeigneten Form dargestellt werden. Das Ergebnis ist die Bestätigung des Prinzips „What you see is what you get“, mit dem Ziel, die Rechtssicherheit zu erhöhen.

2) Uniongewährleistungsmarken (UM): Sicherlich die wichtigste Neuheit. Unionsgewährleistungsmarken gewährleisten im Wesentlichen bestimmte Eigenschaften von Waren und Dienstleistungen. Sie besagen, dass Produkte und Dienstleistungen, die mit diesem Zeichen versehen sind, einen bestimmten Stan-

dard erfüllen, der in der Markensatzung festgelegt ist und unter der Verantwortung des Inhabers der Gewährleistungsmarke kontrolliert wird, unabhängig von der Identität des Unternehmens, das die identifizierten Produkte und Dienstleistungen tatsächlich herstellt oder liefert. Wer die Gewährleistungsmarke beantragt, muss in den Antrag aufnehmen: I) die Merkmale der Waren oder Dienstleistungen, die bescheinigt werden sollen; II) die Bedingungen für die Benutzung der Gewährleistungsmarke; III) die Maßnahmen zur Prüfung und Überwachung durch den Inhaber der Gewährleistungsmarke. Zwei wichtige Einschränkungen sind jedoch zu beachten: a) Wer eine gewerbliche Tätigkeit ausübt, die die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen umfasst, für die eine Gewährleistung besteht, kann nicht Inhaber dieser Gewährleistungsmarke sein; b) eine Gewährleistungsmarke kann nicht dem Zweck dienen, Waren oder Dienstleistungen zu unterscheiden, für die eine Gewährleistung im Hinblick auf die geografische Herkunft besteht (Art. 83 UMDV). So darf beispielsweise die Marke „Prosciutto di Parma“ niemals eine Gewährleistungsmarke sein.

3) Verfahrensänderungen: Unter den wichtigsten, sind sicherlich folgende hervorzuheben:

- **Kommunikation mit dem Amt:** Überholte Kommunikationsmittel, namentlich die eigenhändige Übergabe und die Hinterlegung im Abholfach beim Amt, wurden gestrichen. Ab 1. Oktober 2017 muss die Einreichung neuer Anmeldungen oder die Erneuerung von Gemeinschaftsmarken durch elektronische Einreichung (E-Filing) erfolgen;

- **Priorität und Präexistenz:** Prioritätsansprüche müssen zusammen mit der UM-Anmeldung eingereicht werden. Die Unterlagen zur Unterstützung der Inanspruchnahme der Priorität sind innerhalb von drei Monaten nach dem Anmeldetag einzureichen. Das Amt kann verlangen, dass eine Übersetzung der Unterlagen in einer der Amtssprachen eingereicht wird;

- **Widerspruchs- und Löschungsverfahren:** Die Bestimmungen über die Voraussetzungen für die Förderfähigkeit und die Begründung von Löschungsverfahren werden an die Bestimmungen für Widerspruchsverfahren angepasst, es sei denn, die Unterschiede sind durch ihre Besonderheiten gerechtfertigt. Die Anforderungen an die Förderfähigkeit und die Motivation für Maßnahmen, die auf den Gründen für die Maßnahmen beruhen, wurden neu geordnet;

- **Online-Substantiierung und Datenbanken der EU:** Das Amt erkennt alle Datenbanken der nationalen Ämter für den Gewerblichen Rechtsschutz der Union und TMview an, sodass der Widersprechende oder der Nichtigkeitskläger die Möglichkeit hat, sich auf diese Quellen als Beweis für ältere Rechte zu beziehen;

- **Übertragung einer UM als Abhilfemaßnahme:** Wurde eine UM für einen Agenten oder Vertreter des Inhabers dieser Marke ohne dessen Zustimmung eingetragen, ist der Inhaber nun berechtigt, die Übertragung der UM zu verlangen, ohne dass er eine Nichtigkeitsklärung beantragen muss.

Der Prozess der Rechtsreform erkennt den bisherigen Erfolg des Gemeinschaftsmarkensystems an und zielt darauf ab, auf diesem Erfolg aufzubauen, indem das System insgesamt effizienter und folgerichtiger ausgestaltet und an das Internetzeitalter angepasst wird.

AB

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Attenzione, diffida!

La pretesa del pagamento di spese legali in caso di violazione dei diritti di proprietà intellettuale o di comportamento anticoncorrenziale è un fenomeno diffuso in Germania. Una famiglia tedesca su due avrà ricevuto una lettera da uno studio legale che indica violazioni del diritto d'autore per download illegali di titoli musicali. Alcuni studi legali svolgono qui attività industriali (come Waldorf-Frommer). L'ordinamento giuridico tedesco è in questo ambito vulnerabile, perché il rimborso delle spese non è determinato dal giudice a sua discrezione, ma è prescritto in termini di causa e di valore.

In questo contesto diventa comprensibile il seguente caso. Il proprietario di un negozio di articoli sportivi ha concordato con un suo amico avvocato di inviare una diffida ai venditori di E-Bay per comportamenti anticoncorrenziali e di richiedere il rimborso delle spese legali. Gli amici volevano dividersi i compensi delle fatture dell'avvocato. I venditori di E-Bay vennero accusati di agire come consumatori, anche se in realtà compivano un'attività imprenditoriale. L'avvocato ha scritto a oltre 1500 persone. Se solo il 10 % degli intervistati avesse pagato immediatamente, l'iniziativa avrebbe dato i suoi frutti.

L'avvocato è stato condannato per frode e la Corte federale di Cassazione tedesca (BGH) ha confermato la condanna (8.02.2017, 1 StR 483/16). I giudici hanno ritenuto che l'avvocato ingannasse i destinatari sostenendo che il suo cliente avesse sostenuto spese dovute al suo intervento. L'avvocato non sarebbe stato pagato peraltro dal suo cliente (il cliente), ma dai proventi delle diffide.

L'avvocato è stato condannato per compiuta frode, 25 persone che erano state diffidate avevano pagato immediatamente.

Un caso analogo è stato alla base della decisione del 27 settembre 2017 della Corte d'Appello di Karlsruhe (6 U 10/16). In tale sede, un amministratore delegato insolvente di una società con capitale sociale di 1.000 Euro aveva avviato diverse procedure di diffida per presunte violazioni del diritto della concorrenza. La Corte d'Appello ha constatato un abuso di legge in uno dei procedimenti di ingiunzione e ha respinto la domanda di rimborso delle competenze.

Novità in tema di marchio UE

Il 1 ottobre 2017 è entrata in vigore la seconda fase della riforma legislativa sul diritto dei marchi a livello europeo (Regolamento UE 2017/1001).

Le modifiche introdotte comprendono tre ambiti principali:

1) Rappresentazione grafica del marchio: il marchio potrà essere rappresentato in qualsiasi forma idonea che utilizzi una tecnologia generalmente disponibile. Si afferma così il principio „what you see is what you get” („quello che vedi è quello che ottieni”), con l'obiettivo di accrescere la certezza del diritto.

2) Marchi di certificazione UE (MUE): Sicuramente la più importante novità. Il marchio di certificazione UE consiste in una garanzia di caratteristiche specifiche di determinati prodotti e servizi.

Indica che i prodotti e i servizi recanti quel marchio sono conformi alle prescrizioni normative predefinite nei regolamenti d'uso e controllate sotto la responsabilità del titolare del marchio di certificazione UE, indipendentemente dall'identità dell'impresa che effettivamente produce o fornisce i prodotti e servizi contraddistinti. Chiunque voglia richiedere un marchio di certificazione UE dovrà inserire nella domanda: I) le caratteristiche dei prodotti e dei servizi da certificare; II) le condizioni che disciplinano l'uso del marchio di certificazione; III) i criteri di prova e supervisione che devono essere applicati dal titolare del marchio di certificazione. Bisogna però fare attenzione a due importanti limitazioni: a) non può essere titolare di un marchio di certificazione UE chi svolge un'attività che comporta la fornitura di prodotti o servizi del tipo certificato; b) non può essere depositato al fine di distinguere prodotti o servizi sulla base dell'origine geografica (art. 83 RMUE). Ad esempio non potrà mai essere un marchio di certificazione europea il marchio „Prosciutto di Parma”.

3) Modifiche procedurali: tra le più rilevanti dobbiamo sicuramente evidenziare:

– **Mezzi di comunicazione con l'Ufficio:** sono state soppresse forme obsolete di comunicazione, ossia la consegna a mano e il deposito in casella postale. Dal 1 gennaio 2018 il deposito di domande nuove o il rinnovo di marchi dell'Unione dovranno obbligatoriamente avvenire con deposito elettronico (e-filing);

– **Priorità e preesistenza:** le rivendicazioni di priorità si devono depositare insieme alla domanda di marchio UE. I documenti giustificativi si devono presentare entro tre mesi dalla data del deposito. L'Ufficio ha facoltà di richiedere che venga presentata una traduzione dei documenti in una delle lingue ufficiali;

– **Procedimento di opposizione e annullamento:** le disposizioni riguardanti i requisiti di ammissibilità e le motivazioni delle azioni applicabili ai procedimenti di annullamento sono adeguate a quelle applicabili ai procedimenti di opposizione, salvo in casi di differenze giustificate dalla loro natura distinta. I requisiti dell'ammissibilità e della motivazione delle azioni a base dei motivi relativi sono stati riorinati;

– **Motivazione online e banche dati UE:** l'Ufficio riconosce tutte le banche dati degli uffici nazionali della proprietà industriale dell'Unione e TMview, dando la possibilità all'opponente o al richiedente l'annullamento di far riferimento a dette fonti quali prova dei diritti anteriori;

– **Cessione di marchio dell'Unione europea a titolo di rimedio:** se un rappresentante o un agente registra un marchio UE senza l'autorizzazione del titolare, quest'ultimo ha ora il diritto di chiederne la cessione, senza dover necessariamente domandare la nullità.

Il processo di riforma legislativa riconosce il successo sino ad ora riscosso del sistema del marchio comunitario ed intende sfruttare tale successo rendendo il sistema più efficiente e coerente nel suo complesso adattandolo all'era di Internet.

AB

ULTIME DALL'EUROPA

Non sussiste discriminazione di lavoratori stranieri per il diritto di codecisione

In Germania il diritto di codecisione permette ai lavoratori appartenenti a grandi aziende di eleggere rappresentanti per l'organo supremo della società (consiglio di sorveglianza). I dipendenti occupati al di fuori della Germania non vengono tuttavia presi in considerazione nel calcolo dei posti (500 dipendenti per una partecipazione dei lavoratori di 1/3, 2000 dipendenti per una partecipazione paritetica) e non possono votare. La CdG ha ritenuto (cfr. sentenza dd. 18.07.2017, C 566/15) che tale situazione non costituisca infrazione del divieto di discriminazione di cui all'art. 45 AEUV.

Nuova procedura per le vertenze in materia di doppia imposizione fiscale

In seguito a una decisione del Parlamento europeo verrà introdotta una nuova procedura per risolvere le controversie in materia di doppia imposizione fiscale. Ad ogni contribuente che paghi imposte in diversi stati membri, viene riconosciuto il diritto di accedere a tale procedura. In prima battuta è prevista l'introduzione di una procedura di informativa con le agenzie delle entrate competenti; se tale procedura non ha esito positivo, si può attivare poi la nuova procedura (vedi NJW- Aktuell, Bericht aus Brüssel, Heft 35).

Standard minimi comuni per il diritto processuale nell'UE

Il 4.7.2017 il parlamento europeo ha accolto la raccomandazione della commissione di trovare degli standard minimi per il diritto processuale nell'UE (2015/2084 INL). Quantomeno alcune parti del diritto processuale dovranno essere armonizzati e così ad esempio, si prevede l'utilizzo di mezzi di telecomunicazione a distanza nelle udienze e costi sostenibili per tutti i cittadini europei.

I costi per lite temeraria

La Corte di Cassazione tedesca ha reso in data 22.06.2017 un'importante decisione che tocca i rapporti italo-tedeschi, in merito agli artt. 34, 45 Reg. EUGVO 1215/12 (IX ZB 61/16). La Corte di Appello di Milano ha condannato l'attore tedesco al rimborso dei costi di giudizio nonché al pagamento dell'ulteriore somma di 15.000 Euro a titolo di sanzione per lite temeraria ai sensi dell'art. 96, co. 3 cpc. All'atto di esecuzione della sentenza in Germania, l'attore condannato sollevava l'eccezione dell'ordine public, in quanto in Germania non sono previste tali sanzioni. Tuttavia, a differenza dei punitive damages il BGH ritiene in questo caso che la condanna al pagamento per lite temeraria sia fondata e non collida con il diritto tedesco, in quanto si tratta di un concetto non completamente estraneo all'ordinamento tedesco. Non sarebbe, infatti, una violazione del principio dell'ordine public tedesco il fatto di voler pareggiare svantaggi economici difficilmente provabili in modo forfettario.

PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienverkauf von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11. C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobilarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Ständerecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p.162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S.77 28. Ramon: Bemessung des nahehelichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchwerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufsrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerpflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank/Wachter (Hrsg.) 2., neu bearbeitete Auflage, C.F. Müller, 2015 40. Castelli, Italien: Ausstellung der ENZ durch den Notar, ZEV 575, 2015 41. Castelli, Italien: Bestreiten der Echtheit eines handschriftlichen Testaments, ZEV 575, 2015 42. Castelli, Italien: Erbrecht bei eingetragenen Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen, ZEV 496, 2016 43. Dolce/De Luca, Arbeitsrecht in Italien, Springer Verlag, 2016 44. Castelli, Italien: Dekrete zur Umsetzung der Partnerschaftsgesetzes in Kraft, ZEV 199, 2017 45. Castelli, Italien: Kassationshof zur Darlegung und Beweis der Aktivlegitimation von Erben, ZEV 200, 2017 46. Castelli, Italien: Globalbesteuerungsausnahme bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer für vermögende (Steuer-) Ausländer, ZEV 568, 2017

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59
email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13
email: dl.mi@libero.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41
email: dl.modena@iol.it

Urbanstraße 28 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193
email: stuttgart@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27
email: info@dolce.de

